grosse freiheit

ZEITUNG FÜR HAMBURG U. UMGEBUNG

Nr. 0
Dezember 1976
5 Groschen

Zeitungsinitiative „Große Freiheit"

Weihnachtsgrüsse aus Brokdorf

Ausfürliche Berichte zu Brokdorf auf Seite 6, 7, 8.

Chemie Fabrik abgebrannt

In Hamburg-Lurup ist am 9.12. die chemische Fabrik „Dr. Stoltzenberg" abgebrannt, die Chemical Mace herstellt. Es entstand hoher Sachschaden. Sämtliche Bestände wurden vernichtet. Die Feuerwehr mußte 6 Stunden löschen. Personen kamen nicht zu Schaden.

Von unserem Korrespondenten in Hamburg Lurup. Donnerstag, den 9.12.76.

GROSSKUNDGEBUNG IN BROKDORF IM FEBRUAR

Die in der Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe BUU zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen erklären gemeinsam mit der Bürgerinitiative ‚Kein Kraftwerk an der Eckernförder Bucht' und der Kieler Aktionseinheit gegen das Kernkraftwerk Brokdorf:

Die weitverbreitete Erklärung, nach der in Brokdorf am 18. Dezember eine zentrale Großkundgebung stattfinden soll, entspricht nicht den Tatsachen. Die in der Regionalkonferenz zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen rufen vielmehr alle Bürgerinitiativen auf, sich mit ihnen zusammen Anfang Februar 1977 zu einer Großkundgebung am Baugelände des geplanten Kernkraftwerks Brokdorf einzufinden und sich entsprechend vorzubereiten.

MIETEN '77

Wir lehnen jede Erhöhung ab

Am 01.01.1977 gibt es für ca. 200.000 Altbauwohnungen in Hamburg keine Preisbindung mehr. Hamburg wird „Weißer Kreis". Die für diese Wohnungen staatlich festgesetzten Höchstmieten treten außer Kraft. An deren Stelle tritt dann das Gesetz zur Regelung der Miethöhe (MHG), welches bereits seit 2 Jahren für alle Wohnungen – außer Sozialwohnungen – das Verfahren für Mieterhöhungen regelt. Die Vermieter können nach diesem Gesetz die Miete einseitig bis zur „ortsüblichen Vergleichsmiete" erhöhen.

Was dagegen tun ?
Das MHG sieht für Mieterhöhungen ein kompliziertes Verfahren vor, welches auch viele Vermieter nicht kennen. Deswegen merken Sie sich die folgenden Punkte:

Merksatz 1.
Man sollte nie sofort dem Mieterhöhungsverlangen zustimmen und braucht keine Angst vor Kündigungen zu haben.

Kündigungen zum Zwecke von Mieterhöhungen sind verboten, § 1 MHG.

Merksatz 2.
Nach Eingang des Schreibens hat man als Mieter – gerechnet vom 1. des folgenden Monats – zwei weitere Monate Zeit zum Überlegen, ob man der Mieterhöhung zustimmt oder nicht, § 2 II MHG.

Diese Zeit sollte man auf jeden Fall nutzen, um sich mit den anderen Mietern im Hause zu beraten, möglichst mit Mieterinitiativen in Verbindung treten!

Merksatz 3.
Wenn man zugestimmt hat, braucht die erhöhte Miete erst mit Beginn des 4. Monats, nachdem man das Erhöhungsverlangen erhalten hat, bezahlt werden.

Ist das Schreiben z.B. am 3. oder auch am 18.1.1977 eingegangen, so braucht man erst ab 01.05.1977 die erhöhte Miete zu zahlen, § 2 IV MHG.

Merksatz 4.
Ist das Schreiben bereits vor dem 01.01.1977 eingegangen, dann sind die Fristen ebenso zu berechnen, als hätte man es erst im Laufe des Januars erhalten.

Merksatz 5.
Die Miete darf innerhalb der letzten 12 Monate nicht schon einmal erhöht worden sein, § 2 I Ziff. 1 MHG.

Ist dies trotzdem der Fall, so kann man das Schreiben ruhig in den Papierkorb werfen!

Merksatz 6.
Nach § 2 II MHG muß die Aufforderung zur Mieterhöhung schriftlich erfolgen und sie muß mit Gründen versehen werden.

Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, so braucht man als Mieter darauf überhaupt nicht zu reagieren. Das Verlangen des Vermieters ist dann schon aus formellen Gründen nichtig. Es reicht auch nicht aus, wenn der Vermieter in seinem Schreiben auf die allgemeinen Preissteigerungen hinweist.

Der Vermieter kann seine Erhöhung begründen mit: einem Sachverständigengutachten; Angaben von drei Vergleichswohnungen, die im Preis höher liegen oder unter Bezugnahme auf den Mietpreisspiegel.

Merksatz 7.
Die schwierigste Frage liegt darin, ob die eigene Wohnung mit anderen Wohnungen überhaupt vergleichbar ist.

Dabei kommt es auf folgende Merkmale an: auf Alter u. Allgemeinzustand des Hauses; Größe, Ausstattung und Beschaffenheit der Wohnung; Lage des Hauses, ob in guter oder schlechter Wohngegend, ob an einer verkehrsreichen Straße oder in ruhiger Lage. Zu berücksichtigen ist auch, ob man die Wohnung bei Einzug mit hohen Kosten instandsetzen mußte oder andere Zahlungen an den Vormieter leisten mußte. Es sind jedoch nicht solche Mängel zu berücksichtigen, die nur vorübergehend sind, wegen derer man evtl. die Miete mindern kann.

Merksatz 8.
Besonders hohe Phantasiemieten kommen als Vergleichsmieten auf keinen Fall in Betracht, auch wenn solche Wuchermieten für etwa vergleichbare Wohnungen nachweisbar von einigen Mietern gezahlt werden.

Merksatz 9.
Hat man der Erhöhung nicht zugestimmt, so muß der Vermieter binnen zwei Monaten nach Ablauf der Zustimmungsfrist beim Amtsgericht Klage einreichen.

Ist das Schreiben also im Januar eingegangen, so läuft die Klagefrist für den Vermieter Ende Mai 1977 ab. Wird die Klage binnen dieser Frist nicht erhoben, so kann er eine neue Erhöhung frühestens 9 Monate nach Ablauf dieser Klagfrist verlangen, es sei denn, sein früheres Schreiben war unwirksam (weil z.B. jegliche Begründung fehlte), § 2 III MHG.

Weitere Information Seite 2

Aus dem Inhalt:

Selbstdarstellung: Wir über uns	2	Die Hopo sieht rot	9
Hamburg – Stadt mit Herz für Kinder	3	Wohnen im Sanierungsgebiet	10
Jugendzentrum Hamm-Süd	4	Therapiezentrum Altona	11
Hinter den Mauern der Alsterdorfer Anstalten	5	Wolf Biermann / Konzert im CCH	12
"Noch ein Brokdorf und wir können die Atomenergie abschreiben"	6/7	und weiter: Fabrik, Frauen, Termine, Hamburger Filmschau '76,	
Die Schlacht um Brokdorf	8	Schülerpresse, Buchvorschlag	
Ich bin arbeitslos	9		

Wir über uns.

Wir haben es geschafft! Nach achtmonatiger Vorbereitung ist es uns gelungen, eine Stadtzeitung für Hamburg und Umgebung vorzulegen. Wir hoffen damit ein Forum für all diejenigen geschaffen zu haben, die ihre Interessen in der herrschenden Presse nicht wiederfinden können und die gerne eine andere, bessere Zeitung lesen und herstellen wollen.

Denn was in anderen Städten der BRD aus dem Zeitungsangebot nicht mehr wegzudenken ist – eine Stadtzeitung von Bürgern für Bürger – gab es in Hamburg bisher nicht: Eine Zeitung, die versucht, unmittelbaren Interessen der Bevölkerung zum Ausdrück zu verhelfen. Jetzt gibt es die ‚Große Freiheit' und damit für Hamburg eine echte Alternative zur herrschenden Lokalpresse; eine Alternative für diejenigen, die sich gegen bestehende Mißstände wehren und die etwas Neues zustande bringen wollen.

Leute, die nicht damit zufrieden sind, sich in den bestehenden Zuständen schlecht und recht einzurichten, sondern versuchen, diese zu verändern, gibt es viele. Im Betrieb oder im Stadtteil, in Frauengruppen und Ausländerinitiativen, im Kampf gegen die Sparpolitik ebenso wie in der Bewegung gegen Kernkraftwerke und Industrieansiedlungsvorhaben. Wir wollen aber noch mehr: Wichtige Veränderungen finden nicht nur in der „großen Politik" statt, sondern auch in unserem Alltagsleben. In der „Großen Freiheit" soll auch über Versuche berichtet werden, neue Lebensformen zu entwickeln, z.B. in den Beziehungen zwischen Männern und Frauen, in kulturellen Projekten oder in selbstverwalteten Werkstätten. Über die Hoffnungen und Bedürfnisse, die mit solchen Versuchen verbunden sind, aber auch über ihre Schwierigkeiten und Probleme.

Wie ist die ‚Große Freiheit' entstanden?

Die Redaktion, die für die Herausgabe dieser 0-Nummer verantwortlich ist, besteht im Moment aus etwa 20 Leuten. Keiner von uns ist professioneller ‚Zeitungsmacher'. Wir sind zusammengekommen, weil wir alle ein ähnliches Interesse hatten: Der größte Teil von uns arbeitet in Initiativen mit, die sich zum Ziel gesetzt haben, praktischen Widerstand gegen schlechte Lebensbedingungen zu leisten, z.B. gegen zu hohe Mieten zu kämpfen, Atomkraftwerke zu verhindern usw. Diese Gruppen haben meistens durch ihre Unabhängigkeit von Parteiorganisationen keine eigenen Presseorgane zur Verfügung. Unsere Idee war nun, daß, wenn diese verschiedenen Initiativen sich entschließen könnten, eine gemeinsame Zeitung herauszugeben, eine entscheidende Lücke auf dem Zeitungsmarkt gefüllt wäre. Die Initiativen könnten sich endlich einer größeren Öffentlichkeit zuwenden, und würden zugleich ihre Isolation voneinander beheben. Vor allem wäre eine solche Zeitung nur dem Leser verantwortlich. Kein ‚Chefredakteur' oder ‚Parteivorstand' könnte bei einem solchen Konzept Einfluß gewinnen.

Bei der Realisierung dieser Idee haben wir Schwierigkeiten gehabt. Denn solange die ‚Große Freiheit' sich als Organ von Initiativ- und Basisgruppen noch nicht überall bekannt gemacht hat, ist es natürlich schwer, bereits in der 0-Nummer die ganze Breite und Verschiedenheit dieser Bewegung angemessen auszudrücken. Wir haben die Hoffnung, daß im weiteren Verlauf unserer Zeitungsarbeit möglichst viele Gruppen sich an uns wenden, weil sie in der Zeitung ein Informations- und Diskussionsforum suchen. Wenn die ‚Große Freiheit' wirklich ein Organ von Initiativgruppen und Basisgruppen sein soll, so muß das langfristig bedeuten, daß die Redaktion vor allem die technischen Möglichkeiten für die Herstellung der Zeitung bereithält. Die Inhalte ergeben sich dann aus den praktischen Zusammenhängen, in denen sich die Gruppen befinden.

Andererseits wollen wir nicht verheimlichen, daß auch wir, die wir jetzt die 0-Nummer vorgelegt haben, politische Meinungen haben, mit denen wir nicht hinterm Berg halten werden. Wir wollen keine Zeitung ‚für andere' machen, sondern uns selbst ausdrücken. Allerdings heißt das für uns nicht, daß wir – wie es in der herrschenden Presse üblich ist – die ‚Große Freiheit' wie unser Privateigentum behandeln wollen. Unterschiedliche Einschätzungen und Widersprüche sollen gerade nicht unter den Tisch fallen, sondern Gegenstand der Diskussion in der Zeitung selbst sein. So waren wir z.B. bei der Herstellung der O-Nummer eigentlich nie einer Meinung über die Artikel. Wir finden es aber wichtig, ihnen ihre persönliche Note zu lassen. Die vielen Holprigkeiten haben wir nicht vermieden: Daß wir uns noch nicht perfekt ausdrücken können, müßt ihr uns zugestehen.

Wie ist die Arbeitsweise der Großen Freiheit'?

Unser Vorhaben, eine Zeitung von und für Initiativgruppen und Basisgruppen herzustellen, beinhaltet, daß wir nicht nur andere, bessere Artikel schreiben, sondern die ‚Große Freiheit' will vor allem anders zustandekommen: Die Initiativen selbst werden den größten Teil der inhaltlichen Gestaltung übernehmen müssen und nicht eine exklusive Redaktion, die oft gar nicht über die von ihr behandelten Themen bescheid weiß.

Entsprechend gibt es bei uns verschiedene Organisationsebenen: Die Entscheidungen über Inhalt und Form der Zeitung werden von der gesamten Redaktion getroffen. Wir wollen auch heute schon die Trennung von Kopf und Handarbeit in der Gruppe möglichst aufheben. Das heißt: alle schreiben Artikel, beteiligen sich an der technischen Gestaltung der Zeitung und an der Büroarbeit. Genauso verkaufen alle die Zeitung auf der Straße, in Kneipen und auf Veranstaltungen.

Außer der Redaktion gibt es verschiedene themenbezogene Arbeitsgruppen, z.B. die Kulturund die Ausbildungsgruppe, in denen auch Leute mitarbeiten, die nicht in der Redaktion sind. Für jede Nummer wird eine Endredaktion gewählt, die nach der letzten Redaktionssitzung verantwortlich ist für die betreffende Ausgabe.

Wie es jetzt aussieht:

Die 0-Nummer der ‚Großen Freiheit' wird weitestgehend durch Spenden finanziert, Einnahmen durch Anzeigen decken nur einen Bruchteil der Kosten. Auf Spenden werden wir auch weiterhin angewiesen sein. Diese 0-Nummer hat noch viele Schwächen. Wir haben es z.B. nicht geschafft, über alternative Veranstaltungen während der Streikwoche an der Uni zu berichten; wir hätten auch gern den Streß einer Verkäuferin beim Weihnachtsgeschäft beschrieben. Selbst einen Veranstaltungskalender für Hamburg haben wir nicht mehr zustandegekriegt!

Trotzdem ist diese 0-Nummer ein notwendiger Anfang. Wenn sie die Aufgabe erfüllt, nicht nur Informationen zu verbreiten, sondern auch unsere Kontakte auszubauen und neue Gruppen zur Mitarbeit zu gewinnen, hat sie ihre Aufgabe erfüllt. Wir denken, daß die Nummer 1 der ‚Großen Freiheit' bereits aus den Nähten platzen wird, weil soviele Leute so viel verschiedenes alle auf einmal sagen wollen.

Wer mehr über uns wissen will, oder uns kritisieren will oder Beiträge für weitere Nummern im Kopf hat, sollte das am Dienstag, 18.1.77, 20.00 Uhr tun. Zu diesem Zwecke veranstalten wir nämlich in der 'Destillation', Bi Borchers, Geschwister-Scholl-Str. 1 Ecke Erikastr., Hamburg 20, ein öffentliches Diskussions-Fest! Wir wollen nach jeder Ausgabe mit Euch die Zeitung kritisieren und neue Artikel gemeinsam besprechen. Die nächste Nummer soll Mitte Februar erscheinen. Bitte sendet Eure Artikel bis zum 1. Februar 1977 spätestens ein.

die Redaktion

Mieten '77 fortsetz.

Wozu ist der Mietpreisspiegel da?

Die Behörde bemüht sich zur Zeit krampfhaft, den in dem MHG vorgesehenen Mietpreisspiegel für Hamburg zu erstellen. Nach dieser Tabelle soll die „ortsübliche Vergleichsmiete" für verschiedene Wohnungen je nach Lage, Größe, Alter usw. festgesetzt werden, damit die Vermieter sich in ihrem Erhöhungsverlangen darauf stützen können. Der Grundgedanke dabei ist, es sollen bei dem Mieterhöhungsverfahren möglichst Konflikte vermieden werden. Im Streitfall sollen die Gerichte die Mieten nach diesem Preisspiegel festlegen. Der bisher (Anfang Dez. 1976) von der Behörde vorgelegte Mietpreisspiegel ist jedoch auch zu diesem Zweck völlig unbrauchbar, da nach diesem Spiegel für ein und dieselbe Wohnung Mieten von mehr als 100 % Unterschied möglich sein sollen. Auch wenn es Anfang Januar 1977 einen verbindlichen Preisspiegel geben sollte, so kann man sich als Mieter trotzdem darauf berufen, daß die eigene Wohnung besonders schlecht ausgestattet ist, so daß nur eine geringere Miete anzusetzen ist.

Die „ortsübliche Vergleichsmiete" – Ein Traumgebilde!

Das mit den Stimmen der SPD/FDP durchgesetzte MHG geht im Prinzip davon aus, daß der „freie Wohnungsmakt" funktioniert. Lediglich besonders krasse Wucherfälle sollen mit diesem Gesetz unterbunden werden. Einen „freien Wohnungsmarkt" mit angeglichenem Verhältnis von Angebot und Nachfrage hat es jedoch bei uns nie gegeben. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage kann bei Wohnungen gar nicht funktionieren, da Grund und Boden und die darauf erstellbaren Wohngebäude nicht beliebig wie andere Waren vermehrbar sind.

Seit mehr als 100 Jahren ist bekannt, daß immer eine überstarke Nachfrage nach preiswerten und familiengerechten und zentral gelegenen Wohnungen da war. Das Angebot stand und steht dazu im krassem Mißverhältnis. Das bekannte Ergebnis ist: die Vermieter diktieren die Bedingungen des Mietvertrages und die Höhe der Miete. Mit der „ortsüblichen Vergleichsmiete" wird gesetzlich ein ständiges Steigen der Mieten programmiert.

Kampf jeder Mieterhöhung!

Um den Erhöhungen zu begegnen, ist es dringend notwendig, mit seinen Nachbarn Kontakt aufzunehmen, Hausversammlungen durchzuführen und Kontakte zu den Mieterinitiativen aufzunehmen. Verschiedene Mieterinitiativen aus den Hamburger Stadtteilen planen für Anfang 1977 gemeinsame Aktionen gegen die Mieterhöhungen. Erste Koordinationsgespräche haben bereits stattgefunden. Geplant sind verschiedene Veranstaltungen in den Stadtteilen und evtl. eine zentrale Kundgebung und Demonstration.

Es müßte in den Initiativen noch diskutiert und beschlossen werden, ob ein massenhafter Boykott gegen jede Mieterhöhung sinnvoll ist. Wenn mehrere tausend Mieter die Erhöhung einfach nicht zahlen, dann wären die Hamburger Mietgerichte im kommenden Jahr völlig lahmgelegt!

Kurzfristiges Ziel der Aktionen der Mieterinitiativen ist die Organisierung jedes möglichen politischen und juristischen Widerstandes. Langfristig geht es darum, Wohnungen, die unseren Lebensmittelpunkt bilden, nicht länger dem Spekulationsinteresse der Grundeigentümer zu überlassen. Die Miete darf nur einen geringen Teil des Einkommens ausmachen!

Werner Baufeldt

Kontaktadressen:

Willi Brocke, Karl-Theodor-Str. 10, 2000 Hamburg 50
Tel. 38 60 55 und
Natthias Neutert, Haynstr. 1, 2000 Hamburg 20 Tel. 47 79 27
Altona – Ottensen
Stadtteilgruppe, Arnemannstr. 4,
Karolinenviertel
Bürgerausschuß Karolinenviertel e.V., Turnerstr. 14
Treffen sind Dienstags 19.30 Uhr
St. Pauli Süd
Hbg. 4, Fischmarkt
Tel.: Jürgen 316155 u. 437114
Eppendorf
Sylvia Wand, Haynstr. 3
Tel. 4807883

Grosse Freiheit

Die ‚Große Freiheit' (eine Straße im Vergnügungsviertel von St. Pauli, für die, die's noch nicht wußten) ist über die Grenzen Hamburgs hinaus ein Begriff. Warum haben wir unsere Zeitung so genannt?

Der Name entstand während der Religionskriege, als das Bürgertum anfing seine Interessen gegenüber der bis dahin herrschenden Klassen geltend zu machen und feudale Ordnungen und Glaubensschranken den Geschäften des Bürgertums hinderlich zu werden begannen. Vor den Toren Hamburgs, in der ‚Großen' und ‚Kleinen Freiheit' Altonas, siedelten sich die Händler und Gewerbetreibenden an, denen wegen ihrer Religion die Bürgerschaft in Hamburg selber verwehrt wurde.

Nun, die Freiheit der Religionsausübung ist eines der wenigen Probleme, die wir heute mit der Freiheit nicht mehr haben. Mit der großen Freiheit, die noch erkämpft werden muß, meinen wir natürlich nicht, wie die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf, die Freiheit des Unternehmers, „seine" Arbeitskräfte auszubeuten, die Freiheit des Arztes, sich an der Krankheit der anderen gesundzustoßen, die Freiheit des Hausbesitzers, aus den Mietern herauszupressen, was nur geht, oder die Freiheit des Verlegers, zu bestimmen, was in seiner Zeitung geschrieben werden darf.

Auch das, was sich heute mit dem Straßennamen ‚Große Freiheit' verbindet, ist nicht die Freiheit, die wir meinen. Dort in St. Pauli wird die große Freiheit für alle angepriesen, die die zermürbenden Erfahrungen ihres täglichen Lebens wenigstens für ein paar Stunden vergessen wollen. Was sie erwartet, ist nichts als die Scheinfreiheit einer Vergnügungsindustrie, bei der du alles dürfen darfst – vorausgesetzt du zahlst.

Die Freiheit, die noch zu verwirklichen ist, besteht in dem Recht eines jeden, auf Selbstverwirklichung, auf eine nicht entfremdete Arbeit, auf eine Gesellschaft, in der nicht eine kleine Schicht von Besitzenden an den Schalthebeln der Macht sitzt und die übrigen nur als Arbeitskräfte zählen.

In den Auseinandersetzungen, die für diese Freiheit überall stattfinden, soll die Zeitung, so hoffen wir, ein nützlicher Beitrag sein.

HAMBURG – STADT MIT HERZ FÜR KINDER

Kinderhaus Heinrichstraße

Sechszig Kinder in Eimsbüttel wissen wieder, wohin sie tagsüber gehen können. Eine Lagerhalle, die gewaltig umgebaut wurde, ist ihr Kinderhaus geworden. Nicht aber der Staat war der Stifter, einige Eltern und Erzieher haben zur Selbsthilfe gegriffen: Ihr Ziel, direkter mit Kindern zu leben, – also nicht in riesigen Kindergruppen den Feierabend herbeizusehnen wie in vielen Kindertagesstätten – verwirklichten sie so: Im Februar 76 schlossen die ‚Verantwortlichen' sich zum Verein Kinderhaus e.V. zusammen und mieteten in der Heinrichstraße eine ehemalige Kaufhausetage.

Wie ist das Kinderhaus entstanden?

Fast alle Erzieher des Kinderhauses haben früher in Kindertagesheimen gearbeitet. Ihre Schwierigkeit bestand darin, daß sie in den riesigen Gruppen gezwungen waren, die Kinder ruhig zu halten. (20–25 Kinder sollen dort von einem Erzieher beaufsichtigt werden). Wochenpläne konnten nicht erstellt werden und Absprachen mit Eltern waren nicht durchführbar.

Eine Erzieherin kennt ihre Kollegen in den staatlichen Heimen: „Ich glaube, viele Erzieher geben sich ziemlich viel Mühe. Die Größe der Gruppe macht allerdings viele ihrer Anstrengungen zunichte. Ich fühlte mich damals häufig als Aufpasser!"

Daraus erwuchs die Idee einiger Erzieher, eine kleine Kindergruppe in eigener Regie zu machen. Eine Erbschaft, und zwei Bausparverträge halfen ihnen, ihren Plan in die Tat umzusetzen. „Die anderen Erzieher sind so dazu gekommen, als sie gehört haben, ein Kinderhaus sollte gebaut werden. Auf ein Flugblatt hin kamen sehr viel Eltern zu einem Elternabend. Bedingung, ihre Kinder ins Kinderhaus zu schicken, war, sich mit am Aufbau des Kinderhauses zu beteiligen", so Heidi, die Erzieherin.

Sie mauerten, hobelten, tischlerten, malten, nähten – viele Kinder halfen mit – bis ihr Haus eingerichtet war: vier Gruppenräume, ein Vorleseraum, ein Mehrzweckraum, ein Werkraum, ein Musikzimmer, eine Küche und eine Bücherecke mit Kuschelecke. Seit dem 1. August wohnen die Kinder (Alter: 3–15 Jahre) tagsüber mit elf Erwachsenen dort. In kleineren Gruppen als in staatlichen Kindertagesstätten (11–15 im Kinderhaus gegenüber 25 Kindern in staatlichen Heimen) basteln, malen, arbeiten, diskutieren und spielen die Kinder miteinander. Es geht sehr engagiert zu: sie kritisieren sich untereinander, prügeln sich auch mal – unser Eindruck ist der, daß sie sehr ehrlich miteinander umgehen.

Unterstützt der Senat das Kinderhaus?

Erstaunlich ist, daß der Plegesatz pro Kind und auch Baukosten, die staatlichen Sätze weit unterschreiten (404,– gegen 572,– staatlicher Kosten). Aber es ist nicht alles eitel Sonnenschein, der das Kinderhaus umgibt.

Der Staat kann sich nicht überwinden, dem Projekt finanzielle Unterstützung zu gewähren. Die Behörde lobt zwar das Kinderhaus, behauptet aber, es bestünde kein Bedarf. Vor einigen Jahren gab sie sich noch anders. Dem Jugendbericht 73/74 zufolge sollten in Eimsbüttel und Altona mehrere Kindertagesstätten eingerichtet werden.

Heidi: „Wir haben nicht damit gerechnet, daß der Staat uns nicht unterstützt. Wir glaubten, die Behörden könnten die sanitären Anlagen, Küche und sonstige Einrichtungen beanstanden. Deswegen haben wir uns damals sehr viel Mühe gegeben. Als die verschiedenen behördlichen Vertreter bei ihrem Besuch ziemlich begeistert waren, dachten wir, das Geld bekämen wir automatisch, zumal wir niedrige Pflegesätze hatten. Aber wir kriegen keinen Pfennig. Obwohl die Eltern bedürftig wären."

Es fragt sich, ob dem Staat der Erziehungsstil nicht paßt. Schiebt er die finanziellen Gründe vielleicht nur vor? Oder will er in die gleiche Kerbe schlagen wie das Hamburger Abendblatt?

Oder unsere freie Presse?

Dort war am 29.10.76 unter der Überschrift ‚der Knallrote Faden' zu lesen: „Neu in Mode gebracht wird, als Kaderschmiede für die ganz Kleinen, nun das ‚Kinderhaus', es präsentiert sich neutral, die Vorstandsmitglieder sind es meist auch, aber im Hintergrund ist mindestens einer, der das ganze Unternehmen dirigiert, an einem knallroten Faden." Dieser Beitrag ist typisch für die Springerpresse: Sie beschreibt das Projekt nicht. Sie zeigt auch nicht, was sie gut oder schlecht findet. Vielmehr benutzt sie die Kenntnis, daß ein, zwei Kommunisten am Verein beteiligt sind, um das Gerücht vom knallroten Faden in die Welt zu setzen. Ihr eigentliches Ziel scheint zu sein, Angst vor Kommunisten schüren zu wollen. Deshalb sind wir selbst dorthin gefahren, um uns die Arbeit mit den Kindern anzuschauen. Wir waren begeistert.

Das Leben im Kinderhaus

Mit einer Erzieherin, Heidi, von Beginn an dabei, und einem Vater eines Kindes, Mick, unterhielten wir uns über ihr Projekt.

Es gibt vier feste Gruppen, die nach Alter der Kinder eingerichtet wurden: Eine Kleinkinder-, eine Vorschulkinder- und zwei Schulgruppen. Diese werden von je zwei Erziehern geleitet. Heidi erzählte uns: „Viele Leute haben uns danach gefragt, warum wir eigentlich solche Gruppen haben. Wir finden es eigentlich ganz sinnvoll, daß die Kinder in einem festen Verband sind und sich dadurch besser kennenlernen als in dem riesigen Haufen von sechzig Kindern. Zum zweiten gibt es auch Interessengruppen, die sich z.B. mit Basteln, Töpfern, Turnen, Photographie, Schwimmengehen und so weiter befassen. Da sollen die Kinder sich frei entscheiden, was sie wollen."

Wenn die Kinder aus der Schule kommen, essen sie zusammen, gehen in ihre festen Gruppen und überlegen sich dabei, zu was sie Lust haben. Die Erzieher und Eltern entwickeln und diskutieren auf Elternabenden und in Mitarbeitergesprächen ihre Wochenprogramme. Ausgegangen wird von den täglichen Erfahrungen der Kinder.

Heidi gab ein Beispiel: „Die älteren Kinder haben neulich in der Zeitung viel zu Brokdorf gefunden. Mehrere waren sehr daran interessiert. Mit ihnen haben wir dann eine Brokdorf-Gruppe gemacht."

In den Gruppen und auf den Elternabenden werden die Erfahrungen der vergangenen Woche besprochen. Heidi: „Wir überlegen uns, was uns in der letzten Woche gefallen hat, was nicht. Daraus entwickeln wir Themen, mit denen wir uns die nächste Woche beschäftigen wollen."

Wie werden Konflikte gelöst?

Konflikte der Kinder sollen nicht ausgetragen werden wie in anderen Kindertagesstätten. „Schon im Kindergarten herrscht das Faustrecht; schwächere, ungeschicktere, kleinere Kinder werden verspottet, die Kinder werden gegeneinander ausgespielt nach dem Motto, daß eben der ‚Stärkere' siegt." (aus der Kinderhausdokumentation) Daß das Faustrecht im Kinderhaus sich nicht durchsetzt, ist ein wesentliches Ziel der Erzieher. Dazu sagte Heidi: „In die Vorschulkindergruppe ist mal ein neues Kind gekommen. Ein Junge, der die anderen Kinder körperlich angegriffen hat. Einmal weinte ein Kind fürchterlich, nachdem es vom Neuen eins ‚geditscht' gekriegt hatte – eben in einer Zankerei. Dann erzählte er, daß es zum Kindergarten nie gern gegangen wäre, weil es dort immer verkloppt wurde. Und eigentlich den Wunsch hätte, daß hier nicht soviel gekloppt würde. Wir haben in der Gruppe zwei-, dreimal darüber geredet. Der ‚Schlägertyp' war auch ziemlich beeindruckt und hat sich bald nicht mehr mit anderen geprügelt."

Konflikte zwischen Kindern und Erwachsenen

Konflikte zwischen Kindern und Erwachsenen kommen auch vor. Nicht nur die Kinder versuchen, miteinander anders umzugehen, auch die Erwachsenen lernen ihre Autorität abzubauen. Die Kinder kritisieren die Erzieher zuweilen handfest, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen. Heidi schildert eine Situation: „Da gab es eine Auseinandersetzung um einen kleinen Jungen in einer Gruppe von drei Kindern, die regelmäßig mit einem Vater angeln geht. Der Junge, der sehr aktiv dabei ist, sagte: ‚Heute hab ich keine Zeit, das Angeln muß ausfallen', ohne allerdings die anderen Kinder gefragt zu haben. Die Erzieherin sagte: ‚So kannst du das nicht machen, du mußt die anderen Kinder fragen . . ., heute ist Angeln.' Darüber beschwerte sich das Kind, ‚Nein..., na dann rede ich mit meinem Vater', ging ins Büro und telephonierte; die Erzieherin hinterher und hat einige Sachen gemacht, die wir später sehr kritisiert haben. Sie hat den Hörer dem Kind aus der Hand gerissen, aufgelegt und gefordert: ‚Da reden wir erst mal drüber.' Das Kind war derart wütend, daß es der Erzieherin eine ‚geditscht' hat, die nun auch völlig fassungslos war. Mit einer anderen Erzieherin und noch einigen Kindern haben sie dann beredet, wo ihr Verhalten nicht korrekt war. Jetzt verstehen sie sich wieder."

Was bedeutet das Kinderhaus für die Erwachsenen?

Für Erzieher und Eltern ist das Kinderhaus auch ein Lernprozeß. Sie müssen sich selbständig überlegen, was sie von den Kindern wollen. Heidi und Mick schildern uns das so: „Die Schwierigkeiten, die wir haben, sind auch die, daß keiner uns sagt: ‚Du mußt hier, du mußt da!' Wir sehen auch selbst; wenn wir uns weniger einsetzen, dann läuft es nicht. Es hört sich zwar schön an, daß keiner hinter uns steht, aber wir müssen selbst auch erst Gedanken entwickeln, was wir wollen. Unsere eigene Initiativfähigkeit müssen wir auch erst wieder lernen!"

Auf vierzehntäglichen Elternabenden werden die Erfahrungen mit den Kindern ausgetauscht. Dort werden auch die Perspektiven des Kinderhauses besprochen. Diese großen Elternabende sind öffentlich. An ihnen nehmen auch Interessierte und Förderer des Kinderhauses teil.

Und nun?

Der Verein versucht weiter, die staatlichen Zuschüsse zu bekommen. Ein Prozeß wird vorbereitet. Im Augenblick ist er auf Spenden angewiesen. Großväter und -mütter, Patenonkels und -tanten werden um finanzielle Unterstützung gebeten. Solidaritätsveranstaltungen haben auch ein wenig dazu beigetragen, daß der Verein sich gerade noch über Wasser halten kann. Die Öffentlichkeit ist durch zwei Dokumentationen aufs Kinderhaus aufmerksam gemacht und zu Spenden aufgefordert worden. Daß Springer wieder mal solche Versuche torpediert, macht es umso schwieriger.

Viele andere Eltern aus Eimsbüttel sind daran interessiert, ihre Kinder ins Kinderhaus zu schicken. Sie können nur in Wartelisten aufgenommen werden. Einige von ihnen und neue Erzieher überlegen sich bereits, ob sie ein neues Kinderhaus initiieren können. Wir können sowas nur unterstützen.

Uwe und Thomas

Da wir vom Staat nicht unterstützt werden und nicht das Geld Bekommen, das uns nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz zusteht, möchten wir alle bitten, die Idee und Initiative des Kinderhauses in die Öffentlichkeit tragen und uns finanziell zu unterstützen. Kommt doch mal vorbei!

Verein Kinderhaus e.V.
Adresse: 2 Hamburg 50
Heinrichstraße 14a
Bank für Gemeinwirtschaft
Kontonr. 1/2444461

Jugendzentrum Hamm-Süd

Eröffnung am 18.12.76 um 10.00 Uhr vormittags im Ausschlägerweg 88.

Der Artikel berichtet in kurzer Form über die Entstehung einer Initiative im Jugendfreizeitbereich, deren Arbeit und die Situation in der sie sich jetzt befindet. Die Erfahrungen die dabei gemacht wurden sind im negativen wie im positiven Sinne auf manchen Gebieten beispielhaft, würden sie, wenn sie hier nur in verkürzter Form dargestellt werden, verherrend wirken und damit die Situation der Auszubildenden in Schule, Uni und Betrieb einerseits und die Situation im familiären und Freizeitbereich nicht umfassend genug darstellen.

Entstehung und Entwicklung der Jugendgemeinschaft Hamm-Süd

Die Jugendgemeinschaft Hamm-Süd (JGHS) ist ein Zusammenschluß von Lehrlingen, Schülern, Arbeitslosen, Sozialarbeitern, Studenten und Lehrern (insgesamt hauptsächlich Hauptschüler und Hauptschulabgänger) im Hamburger Industrie- und Arbeiterviertel Hamm-Süd. Die JGHS ist entstanden aus der Initiative zweier Hauptschulabgangsklassen (einschließlich ihrer Lehrer) als Reaktion auf die Unmöglichkeit einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung in ihrem Stadtteil.

Von Anfang an bemühten sich die Jugendlichen, eigene Freizeitvorstellungen zu verwirklichen. Sie organisierten über einen anderen Verein Segelkutter, richteten in einer alten Garage eine Motorradwerkstatt ein.

Durch die immer größer werdende Zahl von Jugendlichen erwies sich die Raumfrage als unumgängliches Problem für alle. Die Jugendlichen erfuhren und begriffen sehr schnell, daß sie die zur Beschaffung und Unterhaltung von Räumen notwendige langfristige Unterstützung, über Spenden und vage Versprechungen hinaus, nur dann bekommen konnten, wenn sie die entsprechenden Institutionen (Jugendbehörde, Bezirksversammlung, Kirchen, Parteien etc.) unter Druck setzten – und zwar alle gemeinsam mit möglichst viel Unterstützung durch die Öffentlichkeit im Stadtteil.

Über Plakate, Flugblätter und Stelltafeln mit Fotos wurde die Situation der Jugendlichen im Stadtteil, die Ziele und Arbeit der JGHS, die Notwendigkeit, für diese, Räume zu bekommen, und die Aufforderung „mach mit" im Stadtteil verbreitet. Dazu kamen Aktionen, wie die Durchführung eines Gruppennachmittages im U-Bahnhof.

Außerdem wurde versucht, Informationen und positive Einschätzungen über die JGHS in der lokalen Presse unterzubringen. Diese Zeitungsartikel dienten einerseits dazu, Spendensammlungen bei Privatleuten und in Geschäften des Stadtteils zu unterstützen und andererseits zur Verankerung im Stadtteil.

Nach kurzer Zeit führten diese Aktivitäten zum Erfolg, allerdings weniger durch politischen Druck, sondern durch Kontakte über die Infostände im Stadtteil, wo die JGHS Adressen über leerstehende Räume bekam.

Mit Unterstützung der „Jugendhilfe", einem e.V., der hauptsächlich aus Bußgeldern und staatlichen Zuschüssen finanziert wird, und verschiedene Projekte in der Jugendarbeit unterstützt, konnte ein 250 qm großer Fabrikraum angemietet werden, der von den Jugendlichen ausgebaut wurde. Die Bauarbeiten dauern nunmehr seit fast einem Jahr an.

Am 18. Dezember wird das Jugendzentrum eröffnet. Tagsüber wollen wir eine Art „Tag der Offenen Tür" veranstalten zu dem wir alle Leute aus dem Stadtteil (auch jeden anderen Interessierten natürlich) einladen, unsere Räume zeigen, und unser Vorhaben zur Diskussion stellen wollen.

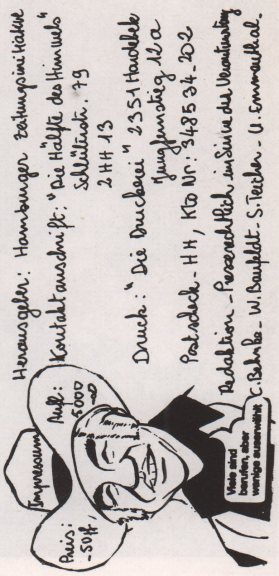
Abends gibts eine Fete. Ab dem 20.12.76 ist dann das JZ regelmäßig von 18 Uhr bis 22 Uhr geöffnet.

Die restlichen Ausbauarbeiten und der damit verbundene Endspurt bis zur Fertigstellung des Jugendzentrums, verhinderte eine allgemeine Diskussion über diesen Artikel. Aus diesem Grund hat der Verfasser bewußt die Problemfelder „Zusammenarbeit mit Behörden und Parteien, Situation und Funktion von Studenten, Lehrern und anderen pädagogischen Hilfskräften im Jugendfreizeitbereich, Selbstverwaltung, et cetera" ausgespart. Ich bin mir bewußt, daß die Diskussion um diese Problembereiche vorangetrieben werden muß, möchte aber nicht, bevor das Jugendzentrum den 1. Tag geöffnet hat, mit daß die Diskussion um diese problemreiche vorangetrieben werden muß, möchte aber nicht bevor das Jugendzentrum den 1. Tag geöffnet hat mit meinen Thesen und Einschätzung die nötige Unruhe stiften. Das Lückenhafte dieses Artikels soll jedoch als Appell verstanden werden, die Diskussion endlich zu beginnen.

Darum werden die Redaktion und alle Mitarbeiter der Zeitung aufgefordert, Auszubildenden die Möglichkeit zu geben, regelmäßig über Probleme sowohl in Schule und Betrieb als auch in Familie und Freizeit zu berichten. Zudem könnte die Zeitung als Diskussionsforum dienen, um die verschiedenen Positionen innerhalb der Jugendzentrumsbewegung in der BRD im allgemeinen und im hamburger Raum im besonderen zu führen und voranzutreiben. So können wir einheitliches Vorgehen aller betroffenen hamburger Initiativen gegenüber Schule, Betrieb, Behörden und den Sparmaßnahmen des Senats entwickeln.

Wulf

Jugendzentrum Hamm-Süd
Ausschlägerweg 88
2 Hamburg 26 Tel.: 253430



Axel und Kristina's
Eppendorfer Kneipe
mit kleiner Küche

FRICKE 46

Frickestr. 46 · 2 Hamburg 20
Telefon 47 21 15

Lesevorschlag

Die Rote Zora und ihre Bande

Ein Buch für Kinder jeder Sorte. Zum Vorlesen für Schulanfänger, Lesefaule und Gemeinsamhörer (vielleicht statt Fernsehen?) und zum selbst lesen für alle anderen Kinder und Große. Verschenken kann man das Buch auch.

Die rote Zora wohnt in einer alten Burgruine, in der sie zusammen mit 4 Jungen auch spukt, wenn es gilt die Polizei und den Bürgermeister zu verjagen. Die Kinderbande lebt vom Diebstahl, Abfällen und dem heimlich hingestellten alten Brot vom Bäcker Curcin. Alle sind elternlos. Den Erwachsenen der kleinen Stadt sind sie lästig und weil sie aus Hunger auch stehlen müssen, werden sie von dem Polizisten verfolgt. Weil die Kinder die sozialen Strukturen der Stadt quasi ‚von hinten', von der Kehrseite her sehen, erleben sie die doppelte Moral, den Eigennutz und die Unehrlichkeit der Honoratioren sehr genau. Mit deren Kindern, den Gymnasiasten tragen sie Kämpfe um Anerkennung und Ehre aus. Die Gymnasiasten glauben sie verlachen und ärgern zu können, nur weil Zora und ihre Bande arm sind.

Doch die Fünf setzen sich auf ihre Weise zur Wehr: mutig, frech, gemeinsam und mit unerwarteten Ideen treten sie für sich und ihre Freunde ein. So wehren sich die Kinder zusammen mit dem Fischer Gorian gegen eine Fischereinkaufsgesellschaft, die den Handel der freien Fischer durch ein Einkaufsmonopol vernichten will. Als sie dabei den Bürgermeister der Stadt, der die Gesellschaft begünstigt, vor der ganzen Stadt völlig lächerlich machen, (wie muß man schon selbst lesen, es ist nämlich eine lange Geschichte) droht ihnen Gefängnis. Doch gelingt es ihrem Freund, dem Fischer, dies abzuwenden und stattdessen die Kinder in das Leben der Stadt mit einzubeziehen.

Kurt Held: Die rote Zora und ihre Bande. Verlag Sauerländer, Aarau. 400 Seiten DM Das Buch ist auch in öffentlichen Bücherhallen auszuleihen.

Angelika

Hinter den Mauern der Alsterdorfer Anstalten

Im Norden Hamburgs liegen die Alsterdorfer Anstalten. Dort leben ca. 1500 geistig- und mehrfach Behinderte, zum Teil schon viele Jahre oder gar ihr ganzes Leben in völliger Vergessenheit, wie in einem Ghetto. Woher kommt es, daß wir so wenig darüber wissen?
Wer in der Anstalt arbeiten will, muß zuvor unterschreiben, daß er „über alle dienstlichen Angelegenheiten Dritten gegenüber Verschwiegenheit zu bewahren" hat, auch nach Beendigung des Dienstverhältnisses. Zeitungsartikel u.ä. dürfen nur mit Zustimmung der Anstaltsleitung veröffentlicht werden. (Dienstordnung der Alsterdorfer Anstalten). Ich habe diesen Artikel trotzdem geschrieben.

„Wir Helfen" so heißt die Zeitschrift der Alsterdorfer Anstalten, die für den kleinen Kreis der Freunde und Spender ein Bild vom Leben und Arbeiten in der Anstalt vermitteln will. Es wird darin eine Idylle von der großen Alsterdorfer Familie gemalt, von Freud und Leid, von frohen Festen und von dem schweren Alltag, der in christlicher Nächstenliebe von Anstaltsleitung und Mitarbeitern in vertrauensvollem Zusammenwirken bewältigt wird.

Dieser Friede-Freude-Eierkuchen-Stil macht beim genaueren Lesen hellhörig. Denn allzu häufig wird das Bild von der großen, friedlich vereinten Familie von denen gebraucht, für die es von Vorteil ist, Interessengegensätze zuzukleistern. Und man überlegt sich dann schon einmal, ob nicht auch in „Wir helfen" ähnliche Motive eine Rolle spielen könnten.

Es fragt sich: Wer hilft wem?

Das Bild von der großen Familie setzt sich im Anstaltsalltag fort, wenn von den Behinderten als von „Kindern" gesprochen wird, gleich welcher Altersgruppe sie angehören. Mutterstelle nimmt das Pflegepersonal ein, und über allem thront der große Vater, der Direktor der Anstalt, Pastor Schmidt, und seine fachgebundenen Hilfsväter (sprich Chefärzte). Wie das mit Vätern so ist, läßt sich der Pastor nur selten bei seiner Familie sehen, er ist zuständig für den „Gelderwerb". So handelt er mit der Behörde die Pflegesätze aus. Und da er das im Alleingang tut, also die Mitarbeiter und weniger behinderten Pfleglinge nicht mit einbezieht, um Druck auszuüben (denn dabei könnten diese lernen, sich auch bei Interessengegensätzen zwischen ihnen und der Anstaltsleitung durchzusetzen!), muß er als Bittsteller auftreten, und entsprechend fallen die Beträge aus (das Universitätskrankenhaus Eppendorf erhält z.B. ungefähr die doppelten Sätze!).

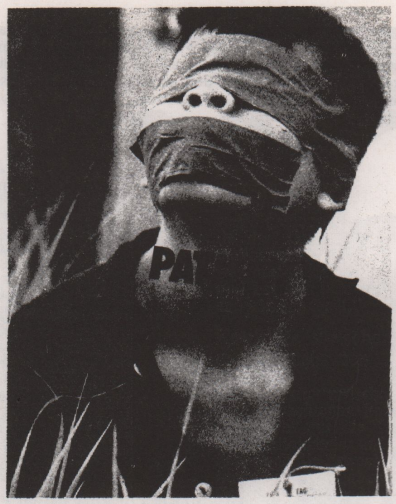
Um das klägliche Ergebnis ein wenig aufzubessern, hat der Direktor dann noch die Aufgabe der Repräsentation nach außen, um für Spenden zu werben (sein Gesicht findet man auf dem Titelfoto der Anstaltszeitschrift ungleich häufiger als das seiner Pflegebefohlenen!).

Innerhalb der Anstalt haben der Direktor und die Chefärzte hauptsächlich Kontrollfunktion. Sie geben dem Pflegepersonal Anweisungen bzw. üben Kritik, wenn es seine Erziehungs- und Pflegeaufgaben nicht richtig erfüllt. Wenn also Behinderte weglaufen, wenn von Ärzten und Psychologen verordnete Therapien nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden, wenn die Station schmutzig ist usw..

Das Pflegepersonal wird jedoch in seiner Verantwortung für die Behinderten von seinen Vorgesetzten ebenso allein gelassen wie eine Mutter, die mit einer bestimmten Menge Haushaltsgeld ihre Kinder vernünftig großziehen soll, und die, wenn sie meint, das Geld reiche nicht aus, vom Familienvater den Bescheid erhält, dann müsse sie eben sparen. Wie und woran sie sparen könnte, wird nicht dazu gesagt.

Wie die Behinderten verwaltet werden

In den Alsterdorfer Anstalten fehlt es auf den Stationen auf Grund der finanziellen Misere an Personal, Raum und Material. Der „Verband evangelischer Einrichtungen für geistig und seelisch Behinderte e.V." empfiehlt z.B. bei schwer Behinderten einen Personalschlüssel von 1 Pfleger auf 1,5



Behinderte, in entsprechenden Stationen in Alsterdorf ist der Schlüssel aber 1 : 5 ! Es gibt daher nur zwei Möglichkeiten (die sich nicht gegenseitig ausschließen), wie das Personal die Arbeit bewältigen kann: 1) viele unbezahlte Überstunden (es gibt Mitarbeiter, die den auf der Station anfallenden Schreibkram außerhalb der Arbeitszeit zuhause erledigen! 2) die Arbeit auf das in den Augen der Vorgesetzten Wesentliche zu beschränken: Säubern der Station, rein pflegerische Tätigkeiten wie Anziehen, zu Essen geben, Medikamente verabreichen. Alles muß dann darauf ausgerichtet sein, die Pfleglinge ruhig und unauffällig zu halten, und ihnen möglichst viele Tätigkeiten beizubringen, die den Pflegern die Arbeit erleichtern. Sie sollen essen und sich anziehen, sauber und trocken sein, möglichst sogar eigene Hilfeleistungen ausführen können wie putzen und pflegen von schwerer Behinderten. Zu diesem Zwecke wurde sogar eine eigene Kategorie von Behinderten eingerichtet: Die „Hilfsjungen" und „Hilfsmädchen". Diese zeichnen sich als äußerst billige Arbeitskräfte aus (sie erhalten für eine Arbeitswoche von mehr als 40 Stunden ein Entgelt von ca. 25,– DM monatlich). Behindert sind sie oft nur insofern, als sie auf Grund ihres langen Anstaltslebens verlernt haben, eigene Wünsche zu äußern oder gar durchzusetzen.

Beruhigen, festschnallen und schlagen

Auch die medizinische und psychologische Betreuung muß sich auf dies Ziel der Effektivierung und Rationalisierung ausrichten, alles andere wäre Illusion. So werden übermäßig viel Beruhigungsmittel verabreicht, die Therapien beschränken sich auf das Antrainieren nützlicher Fähigkeiten, Löschen unerwünschter Verhaltensweisen (womit den Behinderten oft die letzte, wenn auch unangemessene Ausdrucksmöglichkeit ihrer Unzufriedenheit genommen wird), und Beschäftigung. Ein auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft abzielendes Therapiekonzept wäre viel zu aufwendig.

Auch die räumlichen Verhältnisse vieler Stationen würden dem Ziel einer Rehabilitation entgegenstehen. Es gibt in der Anstalt Stationen, wo ungefähr 15 Schwerbehinderte in einem Raum leben müssen, der gleichzeitig als Schlaf-, Wohn-, Eß- und Badezimmer wie auch als Mitarbeiterraum fungieren muß.

Diese Arbeitsverhältnisse sind natürlich für die Mitarbeiter eine starke psychische Belastung: den ganzen Tag das Elend der Behinderten miterleben (und mitproduzieren) müssen, ohne es ändern zu können, und dann nicht einmal für die Pausen vernünftige Räume zum Entspannen zu haben, das alles bei oft völlig unzureichender Ausbildung. – Die für diesen Beruf extra ausgebildeten Heilerzieher werden noch viel zu selten eingesetzt, ein Großteil der Arbeit wird von Pflegehelfern ohne jede Ausbildung gemacht. – So kommt es häufig zu harten Reaktionen gegenüber den Behinderten; Liebe und das Gefühl, akzeptiert zu werden, sind ihnen fast unbekannt. Sie lernen, unauffällig zu sein und möglichst wenig Arbeit zu machen, damit das Personal seine psychische Überbelastung nicht an ihnen ausläßt, sie nicht hart anfährt, mit Lederbändern festschnallt oder gar schlägt.

Alsterdorfer Anstalten. Eine kleine Übersicht über die Mitarbeiter. Bei den Zahlen ist nicht zu vergessen, daß die meisten Mitarbeiter vom Pflegepersonal im Schichtdienst arbeiten, also gar nicht auf dem Gelände sind. Bei den Ärzten ist anzumerken, daß über die Hälfte im Alsterdorfer Krankenhaus arbeiten und nicht auf den Stationen. D.h. daß ein Arzt ca. 100 Patienten zu betreuen hat (15 Ärzte für 1500 Patienten).

Wie die Betreuung wohl ausschaut?	
Mitarbeiter	ca. 1200
Ärzte	30
Pflegepersonal	524
Verwaltungsstelle	97
Handwerker + Gehilfen	110
Wirtschaftspersonal/techn.	248
Schüler (Pfleger)	160
Psychologen	5

Familienidylle statt Hilfe

Mit derart angepaßten und eingeschüchterten Behinderten und mit einem Personal, das noch immer viel zu wenig seine Interessen formuliert und durchzusetzen versucht, ist es dann möglich, nach außen eine Idylle von christlicher Nächstenliebe vorzuführen. Eine Zusammenarbeit zur Verbesserung der Situation von Behinderten und Mitarbeitern wird durch massive Einschüchterung (z.B. Kündigung von aktiven Gewerkschaftern) weitgehend verhindert. Jede eigenverantwortliche Gewerkschafts- und Öffentlichkeitsarbeit der Mitarbeiter wird so unter Hinweis auf den Tendenzschutz, den die Anstalt aufgrund ihrer ev. Konfession beansprucht, nach Möglichkeit unterdrückt. So wird in den Alsterdorfer Anstalten einigen geholfen: Der Kirche, die so sich mit Hilfe der Behinderten und auf ihre Kosten ihr Image von der „christlichen Nächstenliebe" aufpoliert und sich in „Wir helfen" selbst beweihräuchert wie auch den edlen Spendern zu ein wenig Glanz verhilft (z.B. hat sich der „Otto-Versand" mit einer Spende verewigt, die zum Aufbau des angegliederten „Werner-Otto-Institut" verwendet wurde.) – Geholfen wird auch der Leistungsgesellschaft, die sich so auf billige und unauffällige Weise ihrer Problemkinder entledigen kann, die durch ihr Scheitern an den Leistungsnormen deren Allgemeingültigkeit in Frage stellen könnten, hätte man nicht die Möglichkeit, sie in aller Stille in die große Alsterdorfer Familienidylle abzuschieben.

Sturm auf die Psychiatrie ?

Mit diesem Bericht wollen wir eine Serie über die Mißstände in der Psychiatrie beginnen. Dem Bundestag wurde im Dezember 1975 die 'Enquete' (= Untersuchung) zur Lage der Psychatrie vorgelegt. Durch die Veröffentlichung der Enquete wurde erstmals der skandalöse Zustand der psychiatrischen Versorgung in großem Maße der Öffentlichkeit bekannt. In dieser Enquete sind klare Forderungen für eine Neuordnung der psychiatrischen Versorgung enthalten. So die Forderung nach einer gemeindenahen psychiatrischen Versorgung, ambulanter Behandlung und Dienste, Behindertenzentren sowie die Errichtung Psychotherapeutisch-psychosomatischer Dienste. Übergeben wurde der Bericht mit dem Hinweis auf die schlechte finanzielle Situation von Bund und Ländern...

Doch der Alltag in der Psychiatrie ist, wie der Bericht aus Alsterdorf zeigt, noch weit von dem in der Enquete skizierten Vorstellungen entfernt.

Die Kranken und Behinderten werden wie eh und je zusammengepfercht, die Chancen, aus der Anstalt rauszukommen, sind gering. Die medizinische und psychotherapeutische Versorgung fehlt fast vollkommen (1 Arzt für 66 Patienten; in Alsterdorf: 4 Psychologen für 1500 Patienten).

Wir wollen jeden Monat berichten was sich hinter den hohen Mauern des Ghetto Psychiatrie versteckt.

Wir rufen alle in Psychiatrie und Gesundheitswesen auf: Patienten, Schwestern, Pfleger, Kriegsdienstverweigerer, Psychologen, Therapeuten und Ärzte, berichtet uns aus den Anstalten!

S.T.

Betrifft:

Kinderkranken pflegeschulen

Wir sind 2 Kinderkrankenpflegeschülerinnen (schrecklich langes Wort, was?) und erst seit kurzem bei der Ausbildungsgruppe der „Großen Freiheit" dabei, haben noch keine allzu konkreten Vorstellungen von dem, was so läuft und was wir machen wollen. Welche Leute aus diesem Bereich haben noch Lust mitzumachen, zu klönen, Erfahrungen auszutauschen und – z.B. – Berichte über die Ausbildungssituation zu schreiben, Vergleiche zu ziehen etc.? Über die Adresse der Zeitung könnt ihr mit uns Kontakt aufnehmen.

»Noch ein Brokdorf und wir könn

Mit Brokdorf hat sich etwas verändert. Jahrelang hat man uns erzählt, daß die Zeiten des Protestes und der Revolte vorbei sind, daß die Schüler und Lehrlinge heute nicht mehr aufbegehren wollen, daß es ihnen nur noch um den Studienplatz, die Lehrstelle geht, und darum, möglichst schnell eine Familie zu gründen. Tendenzwende nannte sich das Ganze, weil das besser klingt, als wenn man von Rechtsruck oder Resignation sprechen würde.

Die 30 000 von Brokdorf haben dieses Gerede Lügen gestraft. Eine Demonstration wie wir sie in dieser Größe seit Jahren nicht mehr erlebt haben und die Entschlossenheit vieler Tausender Demonstranten, nicht nur ein paarmal um den Bauplatz zu laufen, sich die Reden anzuhören und wieder nach Hause zu gehen, sondern aktiv den Bau zu verhindern – das läßt viele schon wieder von einer „neuen Außerparlamentarischen Opposition" sprechen.

Und in der Tat ging es in Brokdorf um mehr als nur darum, den Bau eines weiteren Atomkraftwerkes (AKW) zu verhindern, so wichtig dieses Ziel auch weiterhin ist. Der Kampf um Brokdorf ist auch ein Resultat der Wut, die sich in den letzten Jahren angesammelt hat, der Wut über ein Klima von Angst und Duckmäusertum, das sich in den Hochschulen, Schulen und Betrieben verbreitete, der Angst vor Arbeitslosigkeit, vor den Folgen politischer Betätigung, Berufsverbot, vor dem zunehmenden Leistungsdruck und der Vereinzelung in der Konkurrenz.

Brokdorf ist auch ein Signal dafür, daß es trotz allem Zehntausende gibt, die wissen, daß die Annehmlichkeiten, die ihnen dieses System bietet, lebenslange Anpassung nicht wert sind.

Das Ziel, am 13. November den Bau des AKW durch eine Besetzung zu stoppen, wurde nicht erreicht. Dennoch herrschten nach der Schlacht von Brokdorf bei den Atomenergie-Gegnern weder Trauer noch Resignation. Noch niemals zuvor hatten sich in der Bundesrepublik im Kampf gegen ein AKW so viele Leute der verschiedensten politischen Richtungen und aller Altersstufen zusammengetan. Trotz stundenlangem Einsatz von Wasserwerfern, Rauchbomben, Tränengas, Hubschraubern, Bundesgrenzschutz war es der Polizei nicht gelungen, sie zu vertreiben. Niemals zuvor ist die Frage der Gefährdung der Bevölkerung durch AKWs so breit diskutiert worden, wie in diesen Tagen und Wochen. Selten haben sich auch so viele Leute gefragt, was das für ein Staat ist, der n... so und nicht anders auf die Ä... ste und Proteste seiner Bürger reagieren kann: Mit Stacheldraht, Mauer, Polizeiknüppel und Chemical Mace.

Manche meinten, der Platz sei uneinnehmbar. Trotzdem war auch der untaugliche Versuch wichtig: Nicht Demoralisierung ist das Ergebnis, sondern die Entschlossenheit weiterzumachen. Die öffentliche Meinung ist stark umgeschwenkt.

Aus der Welt der Parteien

Politiker aus allen im Bundestag vertretenen Parteien sind aufgeschreckt. Staatssekretär Hauff vom Bundesforschungsministerium verkündete: „Noch mal so was wie in Brokdorf und wir können die Kernenergie abschreiben."

Die SPD Schleswig-Holstein, traditionell auf dem linken Parteiflügel angesiedelt, hat schon nach der ersten großen Brokdorf-Demonstration und der dabei erfolgten Besetzung eines Teils des Baugeländes einen Baustopp für Brokdorf gefordert. Auch der SPD-Bundesvorstand versicherte, die Beunruhigung der Bevölkerung werde ernstgenommen. Über die Notwendigkeit und die Risiken der Kernenergie bestehe in der Öffentlichkeit „noch immer kein ausreichend klares Bild".

Am bürgerfreundlichsten und flexibelsten gibt sich die FDP. Innenminister Maihofer will AKWs in Zukunft nur noch mit dem Bürger und nicht gegen ihn planen. Das setzt allerdings eine grundsätzlich positive Haltung der Bürger gegenüber der Atomenergie voraus, von der bisher nicht allzuviel zu verspüren war.

Die Führungsspitzen von SPD und FDP sehen anscheinend da wo Gummiknüppel und Chemokeulen nicht ausreichen, in der Aufstockung des Propaganda-Etats für Atomenergie die Lösung des Problems?

Der eintönige Singsang von der sicheren-sauberen - umweltfreundlichen-billigen Kernenergie, die noch vor kurzem aus fast allen Politiker-Mündern ertönte, ist jedenfalls aufs erste ins Stocken geraten. Der FDP-Bundesparteitag forderte am 21.11.76 gegen den Widerstand von Wirschaftsflügel und Vorstand, daß die Betriebsgenehmigung für fertiggestellte AKWs verweigert werden müsse, wenn nicht „alle bisher ungelösten Probleme der Lagerung und der Wiederaufbereitung von radioaktiven Abfällen sowie des Katastrophenschutzes gelöst sind." Konsequent angewandt käme dieser Beschluß einem Baustopp für AKWs gleich. Aber wann wären derartige Parteitagsbeschlüsse schon jemals konsequent angewandt worden? So herrschen gegenwärtig, mit Ausnahme der CDU, in den großen Parteien Unsicherheit, Zerstrittenheit, Ratlosigkeit vor.

Das hat mehrere Gründe. Zum einen beschleicht offensichtlich immer mehr Politiker das dumpfe Gefühl, daß mit Wasserwerfer und Chemokeulen allein ihr Energieprogramm auf die Dauer wohl kaum durchgezogen werden kann. Daß hier eine Massenbewegung entstanden ist, die man nicht so behandeln kann, wie sonst „linksradikale Demonstranten". Dies hat sich inzwischen auch bis in die Regierungsetagen von Bund und Ländern durchgesprochen. Hinzu kommt, daß auch verschiedene Politiker sich inzwischen fragen, ob es richtig gewesen ist, so zeilstrebig und einseitig auf die Atomenergie zu setzen, wie es bislang der Fall war. Die ungelösten Probleme der Wiederaufbereitung, des Atommülls, sich häufende Störfälle in den bereits laufenden Werken, sowie die Vervierfachung der AKW-Baukosten in den letzten sieben Jahren haben auch in den großen Parteien Skepsis hervorgerufen.

Die Bürgerinitiativen Umweltschutz und die Bauern aus der Wilster Marsch

Nach der ersten großen Brokdorf-Demonstration und der mehrstündigen Besetzung hatte die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) aus Brokdorf und Umgebung in einer Presseerklärung geschrieben:

„Es gibt eine lange Tradition des Widerstandes. Henneke Wulf in der Wilstermarsch und viele andere. Wo wären wir heute, wenn nicht vor 100 Jahren mutige Arbeiter in gesetzeswidrigen Streiks ihre Existenz und nicht selten ihr Leben aufs Spiel gesetzt hätten? Welches Ansehen hätten wir Deutschen, wenn nicht auch im 3. Reich Widerständler genauso gehandelt hätten?

Die BUU ist stolz darauf, daß am 30. Oktober so viele Mitbürger, vor allem junge Mitbürger, in gleicher beispielhafter persönlicher Courage den Platz des AKW Brokdorf besetzt haben."

In den folgenden Tagen, in denen der Brokdorfer Bauplatz immer mehr zu einer waffenstarrenden, scheinbar uneinnehmbaren Festung ausgebaut wurde, veränderte sich die Haltung eines Teils der Bauern. Vielen von ihnen schien eine Besetzung nun nicht mehr möglich zu sein. Ihr Bestreben war jetzt darauf gerichtet, die mit einem Sturm auf den Bauplatz verbundenen Schäden und Opfer möglichst zu vermeiden. Durch die Verlegung der Kundgebung auf einen vom Bauplatz weit entfernten Ort sollte ein weiterer Besetzungsversuch verhindert werden, was der BUU-Vorsitzende Hellerich nach der Demonstration nicht mehr verheimlichte.

Die Nacht-und-Nebel-Aktion vom 25. Oktober, der Beginn der Baumaßnahmen, ohne eine endgültige gerichtliche Entscheidung in Brokdorf abzuwarten, hat die besondere Erbitterung der Anwohner in der Wilster Marsch hervorgerufen. Daß hier wieder einmal vollendete Tatsachen geschaffen und die Bürger überrumpelt werden sollten, war für jedermann offensichtlich.

BUU-Vorsitzender Hellerich, Bauer und CDU-Mitglied („Und stellen Sie sich vor, ich Esel bin es immer noch") hat dies immer wieder betont und hinzugefügt, er selbst hätte sich mit dem Bau abgefunden, wenn zuvor eine ordentliche Gerichtsentscheidung ergangen wäre. Hellerich fällt damit noch hinter eine Erklärung zurück, die Bürgerinitiativen und Lebensschutzverbände, darunter auch die BUU, vor etwa einem Jahr zum geplanten AKW Brokdorf veröffentlicht haben. Damals hieß es:

Walter Moßmann

DER KKW-NEIN-RAG

Beim Frühstück sitzen 3 Kapitalisten
und 1 Ministerpräsident
1 Atomspezialist und 1 Hoher Polizist
und 1 Typ vom DGB, der pennt.
Ein Herr der Industrie nimmt zuerst das Wort:
„Der Profit hier wird uns zu klein
Wir brauchen ein zweites Ruhrgebiet
und das bauen wir am Oberrhein."

„Dazu plan ich euch", sagt der Spezialist
„ein Atomkraftwerk, na klar
daß das schädlich ist und wahrscheinlich Mist
vergeß ich überm Honorar."
Der Chef der Polizei erklärt: „Ich kann nicht
das Volk beschützen vor dem Dreck,
doch den Dreck kann ich schützen vor dem Volk, wenns rebelliert,
gebt mir Waffen und ich schaff es weg."

„Damit auch alles seine Ordnung hat"
sagt der Ministerpräsident
„geb ich euch im Namen des Volkes den Segen
dafür halt ich mir ein Parlament."
Dann singen alle 6 im Chor: „Wir schaffen
Arbeitsplätze, wie schön!"
Davon wacht der DGB wieder auf und sagt:
„dann kann ich ja beruhigt gehn."

„Leider stinkts zum Hiimmel" sagt der Spezialist
„an unserem Plan ist einiges faul
wir brauchen einen Kerl, der ihn parfümiert
mit einem schönen großen Lügenmaul."
„Keine Bange" sagt der Ministerpräsident
„dafür ist die Freie Presse da,
wenn der Rhein zum Abort wird, schreibt die
„Fortschritt! Fortschritt! JA! HURRA!"

Dieser Fortschritt schreitet über Leichen fort
Profitgier bewegt sein Hirn
Sein Maul frißt deine Arbeitskraft
Seine Scheiße sollst du konsumiern.
„Es braucht jeder Mensch" sagt das Badenwerk
„den Strom fürn Swimming Pool"
fürn elektrischen Tisch, fürs elektrische Bett
und fürn elektrischen Stuhl.

So soll das Volk benebelt werden
noch bevor der erste Kühlturm steht
das Volk, so hoffen die hohen Herrn
spürt den Schaden erst zu spät.
Doch der Bauer schaut den Acker an
Der Fischer guckt in den Rhein
Der Winzer prüft den neuen Wein
und sie sagen alle „KKW NEIN!"

Sie reden nicht bloß, sie organisiern
gemeinsam ihren Widerstand
auf dem Land hat man für Halunken
dies und das schnell bei der Hand.
Und der Arbeiter, dem Herr Eberle
die Fabrik im Dorf verspricht
spuckt aus und sagt: „Von der Ausbeutung
befreist grad DU mich nicht."

Beim Frühstück sitzen 3 Kapitalisten
und 1 Ministerpräsident
1 Atomspezialist und 1 Hoher Polizist
und 1 Typ vom DGB der pennt
Die paar Herren hätten gern das Volk am Zügel
stumm und als Stimmvieh
Sie verwandeln Energie in Profit, aber wir
VERWANDELN UNSERN HASS IN ENERGIE

DAS KKW WIRD NICHT GEBAUT!

Der KKW-NEIN-RAG – in: Walter Moßmann: 11 Flugblattlieder, Textheft zur LP, Trikont-Verlag, München (oJ.)

n die Kernenergie abschreiben.«

„Wenn die Rechtsmittel den Baubeginn nicht stoppen können und doch vollendete Tatsachen geschaffen werden, dann müssen wir unsere Rechte und Interessen selber vertreten... Deshalb haben wir beschlossen, den vorgesehenen Bauplatz für das Atomkraftwerk Brokdorf zu besetzen, sobald mit dem Bau begonnen wird."

Auch in der Zwischenzeit ist nicht bekannt geworden, daß die schädlichen Auswirkungen von Kernkraftwerken durch Gerichtsentscheidungen beseitigt worden sind.

Einig ist sich die Bürgerinitiative in ihrer Ablehnung, von „Radikalen", ihrer Angst vor Gruppen, die in Brokdorf „nur ihr Süppchen kochen wollen". Eine Angst, die nicht nur Ausdruck einer konservativen und „antikommunistischen" Grundhaltung ist, sondern auch reale Erfahrungen mit dem organisationsbornierten, realitätsfremden Auftreten verschiedener linker Gruppen (insbesondere mit dem KBW und in letzter Zeit auch mit weiteren K-Gruppen) beinhaltet. Die in Brokdorf wieder einmal eine günstige Gelegenheit witterten, sich an die „Spitze der Volksmassen" zu setzen.

Auf der anderen Seite steht die Erfahrung zahlreicher Demonstranten, denen von Bauern und Ferienhausbesitzern freundlich Zuflucht und eine warme Küche angeboten wurde.

Den Rechtsanwälten, die mit den Bürgerinitiativen zusammenarbeiten, wurde am 1. November eine Wohnstube als Telefonzentrale zur Verfügung gestellt. Wenn diese BUU-Leute nicht mit einem weiteren Besetzungsversuch einverstanden waren, so haben sie sich doch gegenüber denen, die am Zaun kämpften, solidarisch verhalten.

Sicherlich ist der Widerstand der Bevölkerung in der Wilster Marsch nicht so breit und entschlossen wie beispielsweise in Wyhl. Ein Grund mag darin liegen, daß die Weinbauern am Kaiserstuhl, deren Produkte gerade durch das einzigartige Klima so gut geraten, sich sehr viel direkter und unmittelbarer bedroht sahen, vor allem durch die aus den Kühltürmen aufsteigenden Dampfschwaden.

Die Wilster Marsch ist eines der dünnbesiedelsten Gebiete der BRD und die Zahl derjenigen, deren Existenzgrundlage unmittelbar bedroht wird, ist entsprechend klein. Die meisten Bauern wohnen weit voneinander zerstreut auf Einzelhöfen. Auch wenn der Klatsch über alles und jeden reichlich blüht, sind die direkten Kontakte untereinander oft schlecht oder kaum vorhanden, trotz jahrelanger Arbeit der Bürgerinitiative.

Aber auch die um Brokdorf betriebene Milchwirtschaft wird durch den Betrieb des Kernkraftwerks gefährdet. Die Anreicherung radioaktiver Stoffe in der Milch wird entweder einige Bauern aus der Umgebung des AKWs zur Aufgabe ihrer Höfe zwingen oder der Bevölkerung eine Erhöhung der Strahlendosis bescheren.

Den wenigen Bauern, die in den letzten Wochen einigermaßen entschlossen für eine Platzbesetzung eingetreten sind, fällt es angesichts der ablehnenden oder schwankenden Haltung der Nachbarn schwer, ihre Überzeugung offen und tatkräftig zu vertreten. Die Angst vor dem Kernkraftwerk liegt bei vielen im Widerstreit mit der Angst vor den ständigen Belästigungen und Kontrollen durch die Polizei, der Angst vor den mit Demonstrationen verbundenen Schäden, dem Lärm, aber auch der Furcht davor, politisch instrumentalisiert zu werden.

Die Wilster Marsch ist immer noch weitgehend CDU-Land. Aber der Konservatismus dieser Bauern, die Identifikation mit

ihrer Arbeit, ihrem Besitz ist zugleich auch die Grundlage ihres Widerstandes. Denn diese Haltung macht sie auch empfindlich gegenüber dem, was andere als notwendigen Bestandteil des „Fortschritts" umstandlos akzeptieren. Denn kapitalistischer Fortschritt, das heißt in der Wilster Marsch eben: Industrialisierung, steigender Energiebedarf, Atomkraftwerke, Abgase in der Luft, Abwässer und Abwärme in die Elbe, Zerstörung der Landwirtschaft, der Erholungsgebiete.

Und es ist eines der wichtigsten Resultate der letzten Wochen von Brokdorf, daß diejenigen, bei denen die Bauern ihre Interessen bislang aufgehoben glaubten, inzwischen nahezu allen Kredit verloren haben. „Alle Parteien und Politiker haben uns im Stich gelassen", sagt Hellerich, obwohl selbst immer noch CDU-Gemeinderatsmitglied. „Uns hat man schon so viel versprochen, wir glauben gar nichts mehr."

Diese Aussagen drücken Lernprozesse, Bewußtseinssprünge, Dessillusionierung aus, die Ergebnisse praktischer Erfahrungen sind und nicht abstrakter Einsichten. Um diese Bewußtseinsprozesse geht es – und nicht um die Glorifizierung der „kämpfenden Volksmassen".

Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen

Stoltenberg hat es als erster gemacht: die Spaltung der Demonstranten von Brokdorf in die braven Bürger aus der Umgebung, die sich nur Sorgen um die Kernenergie machen und in die angereisten Radikalen, aus Hamburg, Bremen und anderswo, denen es gar nicht um das Kernkraftwerk ging, sondern nur darum unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu untergraben, die in Brokdorf so sicher hinter Wassergräben, Stacheldraht und Metallgitterzäunen geschützt wurde.

Sind wir, die wir in Hamburg wohnen, 60 km von Brokdorf entfernt, nicht vom Bau des AKW betroffen?

Was Brokdorf mit Hamburg zu tun hat, wissen die verantwortlichen Politiker selbst am besten. Denn Tatsache ist, daß die HEW, die sich zu knapp drei Vierteln im Besitz der Stadt Hamburg befinden, zu 50 % am Bau des AKW-Brokdorfs beteiligt sind. Zusammen mit der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK), die der vom Bund kontrollierten VEBA gehört, steckt die HEW auch hinter den anderen bereits fertigen oder geplanten Kernkraftwerken an der Unterelbe. Auf diese Weise sollen Industrieunternehmen mit „billiger Energie" an die Elbe gelockt werden. Wie das aussieht, wissen wir in Hamburg spätestens seit dem Fall Reynolds. (Auf die Industrieansiedlungspolitik in der Unterelbe-Region werden wir in einer der nächsten Nummern dieser Zeitung noch ausführlicher eingehen.)

Uns kann es nicht gleichgültig sein, daß die Unterelberegion Erholungsgebiet für die Städter und landwirtschaftlich genutzte Gegend, die uns mit Nahrungsmitteln versorgt, zu einem 2. Ruhrgebiet gemacht wird.

Wichtig ist vor allem auch folgendes: Tagtäglich werden auch im Normalbetrieb eines AKW radioaktive Stoffe frei, die in unsere Umwelt, unsere Nahrung, unsere Körper gelangen. Mit jedem gebauten Atomkraftwerk steigt die Strahlenbelastung, der wir ausgesetzt sind, nehmen die Krebserkrankungen zu. Schäden für die folgenden Generationen durch Veränderungen des Erbguts gelten als sicher, sind aber in ihren Auswirkungen noch überhaupt nicht abschätzbar, da Kernkraftwerke erst seit einigen Jahren im Betrieb sind.

Bremer Wissenschaftler haben versucht, auszurechnen, welche Auswirkungen ein Großunfall, der sogenannte Super-Gau in Brokdorf haben könnte. Nach ihren Schätzungen würde die entstehende radioaktive Wolke im Nahbereich um Brokdorf – bis 20 km – 100 % Soforttote zur Folge haben. In Hamburg würden noch bis zu 5 % der Bevölkerung – also etwa 90 000 Einwohner – durch direkte Strahleneinwirkung oder langfristig an Krebs sterben. Darunter wären übrigens, nach dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft, ‚Radikale' genauso wie andere Leute.

Nicht nur die Bewohner der Wilster Marsch, sondern auch wir selbst sind also vom Bau des AKW betroffen. Und das fordert von uns auch, als Betroffene zu handeln, nicht nur zu kommen, wenn die Bürgerinitiative ruft, sondern selbst zu überlegen, was wir dazu beitragen können, den Bau zu verhindern. Das erfordert auch von der BUU in Wewelsfleth, anzuerkennen, daß sie nur Teil einer Bewegung ist und nicht die Aufgabe hat, diese Bewegung zu kontrollieren oder im Zaum zu halten.

Und wie geht es weiter?

Die Frage, wie es weitergehen soll, ist umstritten. Viele sind auch weiterhin entschlossen, auf eine Besetzung des Bauplatzes hinzuarbeiten, wiederzukommen, diesmal besser ausgerüstet. Es wurden aber auch Befürchtungen laut, das nächste Mal könnte es Tote geben, ein erneuter Besetzungsversuch sei daher unverantwortlich und wegen der Befestigungen ohnehin aussichtslos. Allerdings wurden solche Bedenken schon vor den beiden letzten Demonstrationen geäußert.

Die Besetzung des Platzes ist das sicherste Mittel, den Bau zu verhindern.

Es wird aber auch diskutiert, welche zahllosen Möglichkeiten es gibt, NWK und HEW die Arbeit weiterhin so sauer wie möglich werden zu lassen, sie stündlich daran zu erinnern, daß ihre Anwesenheit in der Wilster Marsch unerwünscht ist, daß die gewaltsame Durchsetzung des Baus auf Widerstand trifft. Auch HEW und NWK dürfte es Kopfschmerzen bereiten, wenn sie daran denken wie viele Firmen, Geräte, Transportmittel, Materialien es gibt, die beim Bau des AKW eingesetzt werden und schwerlich alle dauernd unter Polizeischutz gestellt werden können.

Ein Lastwagenfahrer, der am 26.11. eine Ladung Kies zum Brokdorfer Bauplatz transportieren wollte, erlebte bereits – laut Hamburger Abendblatt – eine Überraschung, als er bei Wilster plötzlich von einer Gruppe junger Leute angehalten wurde. Ehe ihm ganz klar war, was da passierte, waren die Reifen seines Wagens bereits aufgeschnitten und der Bremsschlauch zwischen Zugwagen und Anhänger durchtrennt worden. Dem Vernehmen nach soll der Lastwagen auch durch einige Parolen, die sich gegen das AKW richteten, ein abwechslungsreicheres Aussehen bekommen haben.

Die spektakulären Ereignisse von Brokdorf haben ein allgemeines Interesse, eine weitverbreitete Diskussionsbereitschaft zum Thema Atomenergie geschaffen. Daran anknüpfend, kann durch Informations- und Diskussionsveranstaltungen, durch Info-Tische, Flugblätter und andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit eine breitere Basis für künftige Aktivitäten gegen das AKW geschaffen werden, aber auch für die zukünftigen Auseinandersetzungen um die geplante Atommüll- und Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen. Eine Reihe kleinerer Veranstaltungen dieser Art ist in der letzten Zeit in verschiedenen Stadtteilen durchgeführt worden.

Die Hamburger Initiativgruppe gegen Atomkraftwerke, die eng mit den verschiedenen Regionalgruppen der BUU zusammenarbeitet, ist nach dem 13. November von ca. 70 Leuten auf 200–300 Atomenergie-Gegner angewachsen. Damit ist das Gesamtplenum kaum noch arbeitsfähig. Die Initiativgruppe hat sich in Stadtteilgruppen neu organisiert, die in Zukunft über ein Delegiertenplenum koordiniert werden sollen, zu dem auch jeder andere Interessierte Zutritt hat. Hinzu kommen spezielle Arbeitsgruppen: es gibt einen Ermittlungsausschuß, der Material über die Polizeiübergriffe vom 13. November sammelt. Regelmäßig trifft sich außerdem eine Sanitätergruppe. Andere proben Lieder und entwerfen neue Plakate. Demnächst werden Flugblätter und Broschüren veröffentlicht, die kurz und verständlich über alle Fragen der Atomenergie informieren. Eine weitere Gruppe erarbeitet die Klagebegründung gegen die wasserrechtliche Genehmigung des AKW. In nächster Zeit wird die Initiativgruppe gegen Atomkraftwerke in Hamburg ein Zentrum eröffnen, in dem sich alle Interessierten informieren und mit Material versorgen können.

Barbara
M. Michael

Plenum der Initiativgruppe gegen Atomkraftwerke: Jeden Donnerstag, 19 Uhr, Martin Luther King Haus (ESG) Grindelallee 9
Dort gibt es Listen, auf denen steht, wann und wo sich die Stadtteilgruppen und die anderen Arbeitsgruppen treffen. Außerdem kann man dort Informationsmaterial über Atomenergie bekommen.

Die Schlacht von Brokdorf

Verlag Association GmbH

Reihe POLITISCHE ÖKOLOGIE
Materialien zu Umwelt und Gesellschaft

Murray Bookchin
Umwelt und Gesellschaft
Erschienen 1976, 38 S., 4,–

Materialiensammlung zur
H. Strohm **Gefährdung der Bevölkerung durch Atomkraftwerke**
Erschienen 1974, 62 S., 4,–

Das Risiko Kernenergie H. Strohm, Hrsg.
Erschienen September 75, 98 S., 6,–

H. Strohm, Hrsg.
Biologische Schäden
durch Atomkraftwerke und energiereiche Strahlen
Erschienen 1976, 126 S., 7,–

Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen
Erscheint 76, ca. 100 S., ca. 7,–

Autorenkollektiv Emsland
Absolute Sicherheit oder verbrannte Erde
Der Kampf gegen die Atommülldeponie im Emsland
Erscheint Ende 1976, ca. 90 S., ca. 7,–

Kein Atomkraftwerk in Brokdorf oder anderswo
Erscheint Herbst 1976, ca. 80 S., ca. 4,–

Umweltschutz in China Holger Strohm, Hrsg.
Erscheint 76, ca. 60 S., ca. 6,–

Friedlich in die Katastrophe
Eine Dokumentation über von H. Strohm Kernkraftwerke
3. Aufl., 500 S., zahlr. Abb. 16,–

2 Hamburg 13
Postfach 13 22 51
(040) 417484

Peter Paul Zahl

mittel der obrigkeit

man muß sie gesehen haben
diese gesichter unter dem tschako
während der schläge

man muß sie gesehen haben
diese gesichter unter dem tschako
zwischen schlag und schlag

man muß sie gesehen haben
diese gesichter unter dem tschako
nach den schlägen

sag nicht: diese schweine
sag: wer hat sie dazu gebracht

mittel der obrigkeit – in: P.P.Z.: Schutzimpfung. Gedichte. Rotbuch-Verlag, Berlin 1975

„Wir kamen nach etwa einer Stunde Schlangenfahrt von Hamburg in die Nähe von Brokdorf an. Die Autos mußten etwa 6 km vor dem Platz abgestellt werden. Der Weg zu Fuß führte zwischen Gruppen von grinsenden Lederjacken durch.

Das KZ liegt direkt am Deich zur Elbe und ist ungefähr so groß wie ein Stadion. Rundherum wurden Wassergräben angelegt bis zu 8 m breit. Die zwei Zugänge über den Graben waren mit Betonplatten versperrt: die etwa 1.000 Polizisten waren eingeschlossen und es gab für sie keinen Weg als bis zuletzt Widerstand zu leisten.

Es war wie in einem Film. Wenn du vom Deich nach unten geschaut hast, sahst du das KZ, bestückt mit etwa zwölf Wasserwerfern, in der Mitte eine Wagenburg und überall Söldner. Rundherum auf den Feldwegen zogen in langsamen Truppenbewegungen die Angreifer. In der Ferne lief die Kundgebung der Bürgerinitiativen, etwa sechstausend Leute, ein kleines Grüppchen. Am Deich, der zu ihm führte, – so 2 km lang – standen nochmal so viel. Während dessen zogen hie und da Züge von zwei- bis achttausend Leuten.

Als wir endlich bei der Kundgebung waren, wurde sie gerade von der Bürgerinitiative mit dem Aufruf „Macht den Bauplatz wieder zur Weide" beendet. Es war schon ziemlich spät: auf der anderen Seite der Elbe, wo demonstrierende Fischkutter lagen – umkreist von der Wasserschutzpolizei – zogen Hochseeschiffe langsam unter der tiefstehenden Sonne zum Meer.

Über der Szene flogen vier Hubschrauber und zwei Flugzeuge hin und her, geschickt einen Zusammenstoß mit den fünf großen Aluminiumdrachen vermeidend, von denen auch das zehnfache zu wenig gewesen wäre, um den Funkverkehr zu stören.

Und so war es ungefähr mit allem. Es gab keine erkennbare Organisation, es gab keine Versorgung, es gab nicht genügend Brillen, Helme, Schutzmasken – es sollte sozusagen mit bloßer Hand diese Festung erobert werden.

Wir gingen untergehakt zum KZ, entlang der Straße grasten einige Kühe unbeteiligt, auch ein Schwein – bis zum Bauch im Schlamm – stand da mit freundlichem Gesicht.

Um den Platz stiegen schon die ersten Tränengaswolken auf und man sah Wasserwerfer-Strahlen über den Zaun spritzen. Ich sah Szenen, wo drei Söldner nebeneinander hockten und versuchten, mit ihrem Chemischen Keulen aus einem Meter Entfernung einen von uns zu vergiften. Sie drückten im Bückling auf ihre Keulen und verzerrten ihre Gesichter, bis ihnen die Finger weiß waren. Der Zaun auf der anderen Seite des Wassergrabens wurde zuerst mit diesem Draht von tausend kleinen Klingen geschützt. Darauf folgte ein Maschendrahtzaun von etwa zwei Meter Höhe und dann kam erst die eigentliche Geländeabsperrung: ein Gitter aus Stahl, auf robustem Rahmen verfestigt, mit einer Rolle Nato-Stacheldraht obendrauf.

An etwa acht Stellen wurde der Zaun angegriffen und es entstand eine mehrfache Arbeitsteilung unter den Demonstranten. In vorderster Front, also schon auf der anderen Seite des Grabens, arbeiteten etwa drei bis fünfzehn Leute mit Zangen am Zaun. Einer unter ihnen trug einen Bundeswehr-Kampfanzug mit Gasmaske und die Söldner verspritzten umsonst ihre gesamten Chemical-Mace-Vorräte auf sein Gesicht und auf seine Brust. Selbst die Wasserwerfer konnten ihn nicht wegspülen, weil die Strahlen vom eigenen dickmaschigen Zaun Zaun abgeschwächt wurden. Er arbeitete sozusagen im toten Winkel.

Die zweite Angriffslinie verlief entlang des Grabens und war mit Brückenschlagen beschäftigt. Die dritte Linie zog an Stellen mit Ankerhaken, um den Stacheldraht runter zu reißen und lieferte Material zum Brückenbau. Zugleich versorgten sie auch die verbarrikadierten kolonialistischen Söldner von oben mit Steinen und Schlamm.

Eine vierte Linie bestand aus der Reserve und schließlich standen oben am Deich Tausende von Zuschauern.

Auf der anderen Seite, wo ich stand, gab es einen echten Helden. Er hatte zwar eine Gasmaske auf, aber keine wasserdichte Kleidung. So werkelte er seelenruhig etwa eine Stunde lang und wurde mit mindestens 20.000 Litern eisigem Giftwasser aus dem extra dafür angelegten Brunnen begossen.

Es waren fast ausschließlich junge Leute, so daß ein Senior richtig auffiel: er schaffte emsig Material ran, naß, in ein Sacco mit Gürtel gekleidet. Ich erinnere mich genau an ihn, denn als es gerade wieder einmal einen fürchterlichen Gasangriff gab, kombiniert mit vier Wasserstrahlen, trat er plötzlich zu mir und frage mich beiläufig, wieviel Uhr es sei. Ich konnte ihm keine Antwort geben, weil wir rennen mußten.

Die Szenen glichen einander, entlang des ganzen Zauns, und es vergingen Stunden, bis die ersten Breschen in die Befestigung geschlagen wurden. Die Polizei lieferte eine Materialschlacht, verschoß hunderte von Tränengasgranaten, die beim Landen erst wie Neujahrsraketen im Zick-Zack hin und herrennen, damit man sie nicht fangen kann, Funken und Feuer und Tränengas versprühen. Manche können das überhaupt nicht, und manche ganz gut ertragen. Der Wind stand ungünstig für die Angreifer, er wehte vom Land, Richtung Deich und Elbe. Ich hatte ein Horrorerlebnis, als immer mehr Wolken von Tränengas aufstiegen und ich plötzlich nur noch eine milchige Hülle um mich sah, keinen Menschen, nichts mehr. Ich fiel in Panik und riß die Skibrille runter, und ich sah wieder die Gegend um mich; die Scheißbrille war total beschlagen.

Die Bullen begannen, Steine zurückzuschmeißen, und das war bei der ungeschützten Menge schon mörderisch. Etwa zehn Meter von mir flog vom Platz her eine Familienflasche Coke, die jeden unbehelmten Kopf zertrümmert hätte.

Die Stimmung wurde zunehmend verbissener. An einer Stelle starteten die Polizisten einen Angriff gegen eine äußere Flanke der Demonstranten und schlugen unter dem Schutz des Nebels auf die Leute ein. Es gab eine Menge Verletzte.

Neben mir erkannte ein Einheimischer einen Werkschützer und schrie ihm über den Wassergraben zu: „Mein lieber Scholli, wenn ich dich in der Kneipe erwische!"

Krankenwagen rasten überall, Gaswolken zwischen den Fontänen, Blaulichter und feuerspeiende Gasgranaten; das Ganze von Flutlichtlaternen beleuchtet, darüber die ununterbrochen rotierenden Hubschrauber. Beim einzigen Ausgang neben dem Haupttor – das total verbarrikadiert war – zogen von irgendwoher ein Wasserwerfer und eine Hundertschaft Gasmasken in Lederjacken auf,

Um sie herum eine Masse, die sich in der Dunkelheit verliert – unübersehbar, vielleicht zweihundert, vielleicht zweitausend –, die sich ihnen Schritt für Schritt näherte. Die Marsmenschen rückten immer einen Schritt zurück, die hintere Reihe im Rückwärtsgang. Neben ihnen und aus dem Hintergrund kam ununterbrochen Klopfen, an den Leitplanken krachte es furchtbar bedrohlich. Hinter den Brillen schaute Todesangst durch. „Kameraden, gebraucht die Chemische Keule" krächzte der aufgeregte Zugführer mit Angst in der Stimme. Diese Truppe wurde erst durch den anrückenden Bundesgrenzschutz befreit, der plötzlich in der langen Reihe mit Blaulicht aus der Tiefe des Raumes kam, in ungeschützten Fahrzeugen, aber desto gefährlicher. Es flog kein Stein auf sie.

Vor dem Haupttor im Hintergrund bildete sich eine lange Reihe, es wurde Material von Hand zu Hand weitergegeben, bis zur vordersten Reihe. So wurde der Graben auf einer Stelle mit Sandsäcken ausgelegt. Vom Hubschrauber aus wurden Luftangriffe auf den Nachschub unternommen. Als ein Feuerwerkskörper hochging, verzog sich der Hubschrauber sofort in die Höhe.

Inzwischen war die nähere Umgebung des Platzes kaputt gegangen. Die Weiden zertreten und mit Plastiktüten bedeckt, die elektrischen Zäune für die Kühe zerrissen, auf der Straße knöcheltiefer Schlamm und verbogene Leitplanken. Von ein paar ganz sauren Typen wurden die neueingepflanzten Bäume herausgerissen – es war alles naß, eklig, dunkel, kalt.

Zu erwähnen wär noch, daß ich zwei organisierte Gruppen kannte: die eine war gut ausgerüstet und marschierte unter Hammersichelgewehr-Fahne, die anderen waren vom KBW. Angeblich waren sie am Anfang die eifrigsten, jedenfalls als es schon mehrere Löcher am Zaun gab, waren sie die ersten, die zum Rückzug bliesen, geschlossen. Aber auch viele andere begannen, sich zu verziehen. Manche waren um drei Uhr morgens losgefahren, und die Lage am Platz wurde immer unerträglicher. Jetzt standen noch etwa acht bis zehntausend Leute auf dem Schlachtfeld. Auf der Hauptstraße zogen sich die Polizisten zurück, Schritt für Schritt. Hier wurde auch diskutiert. Das war schon total absurd, 300 Meter entfernt tobte der erbittertste Kampf und hier redete einer mit Skimütze auf die Boys mit Gasmaske ein: „Wir kämpfen hier auch für euch" und hielt einen ziemlich unbeholfenen Vortrag über Sachfragen – der Bulle antwortete: „Wir schützen hier Privateigentum".

Zwar vergrößerten sich die Löcher am Schutzwall, aber auch die Reihen der Demonstranten lichteten sich. 300 Meter weiter stand der Bundesgrenzschutz singenden Demonstranten gegenüber, rechts davon karrten die Bullen auf dem Platz immer neue Stacheldrahtrollen vor die Löcher im Zaun.

Als die Lichter ausgingen, brach beinahe eine Panik aus; Leute rannten mit ganz widersprüchlichen Ratschlägen und Nachrichten, so sehr, daß sie ohne weiteres Zivile gewesen sein konnten. Ich habe mich auf ein Massaker gefaßt gemacht. Dann gingen die Lichter, gottseidank, wieder an.

Es ist eigentlich unerklärlich, warum das Projekt aufgegeben wurde. Den Grund dafür gibt die FAZ dem Wetter: „ein kalter Regen hat der Gewalt skrupelloser Extremisten in dem Schleswig-Holsteinischen Ort Brokdorf fürs nächste ein Ende gesetzt." Ich habe bisher meistens dem Wetterbericht der FAZ geglaubt, auch damit ist es nun vorbei. Aber General Winter stand schon auf der anderen Seite: NKW plus Landesregierung plus Bullen plus Bundesgrenzschutz – auch „Viererbande" genannt.

Der Angriff war schon seit einer Stunde ins Stocken geraten und es waren nur noch etwa 3.000 vor dem Platz, als ich mich entschloß, da meine Freunde schon alle weg waren, ein wenig nachtragend der Szene den Rücken zu kehren.

Dieser Bericht wurde – wenn auch eigenmächtig gekürzt – dem Frankfurter „Informationsdienst" Nr. 152 entnommen.

P.S.
Ein tschako ist, so hören wir, eine ‚helmartige Kopfbedeckung'.

Ich bin arbeitslos . . .

Ich bin seit August dieses Jahres arbeitslos mit ca. 300 DM Arbeitslosenhilfe im Monat. Zweimal sind mir bisher Aushilfsarbeiten angeboten worden – daraus ist aber nichts geworden.

Müßte ich nicht als Gewerkschaftlerin oder in einem anderen Zusammenhang gegen die allgemeine und gegen meine Arbeitslosigkeit und für das vielzitierte ‚Recht auf Arbeit' kämpfen?

Ich kann mich dazu nicht recht entschließen, denn ehrlich gesagt – ich fühle mich als Arbeitslose ganz wohl.

Recht auf Arbeit ... Recht auf welche Arbeit???

Ich finde es verrückt, um ein Recht auf Arbeit zu kämpfen, wo doch auf Dauer jede Arbeit (in der Fabrik, im Büro, in der Schule...) mehr oder weniger langweilt und streßt.

Da schlag ich mich lieber mit Gelegenheitsjobs durch, wo ich gerade soviel arbeite, daß ich von dem Lohn leben kann (dazu gehört natürlich auch mal Geld fürs Kino oder für ein schönes Essen!). Auf die Anschaffung eines Farbfernsehers oder eines Autos oder einer Geschirrspülmaschine oder... kann ich ganz gut verzichten. Es wäre zwar kein Problem für mich, mehr Geld auszugeben, aber dieses Mehr an Geld müßte ich mit einem Weniger an selbstbestimmter Zeit erkaufen.

Damit hier nicht das Gerücht aufkommt, ich sei ‚arbeitsscheu': Es kommt schon vor, daß ich an Arbeit, an richtiger Schufterei *Arbeit*, an richtiger Schufterei, Spaß habe (deswegen die Sternchen). Das ist dann aber eine andere Sorte Arbeit (nämlich *Arbeit*) als die, die ich ja zur Zeit ‚los' bin.

Zugegeben. . .

Ich kann mir mein Leben zur Zeit so einrichten, weil ich jung bin (mit 50 bekommt man nicht mehr so leicht einen Job; mit Familie braucht man schon etwas Sicherheit).

Zwei Dinge treffen aber doch für alle zu, die arbeiten müssen: 1) 40 bis 50 Stunden in der Woche eine Arbeit zu machen, die mit uns nichts zu tun hat – und das ein ganzes Leben lang –, das läßt uns wenig Zeit zum Leben!)

2) Es wäre technisch überhaupt kein Problem, alles Notwendige und auch viele schöne Sachen in viel kürzerer Zeit und mit weniger Arbeitsaufwand zu produzieren – bei vollem Lohnausgleich! Man denke nur an die auf Verschleiß ausgerichtete Produktion; an viele unnütze Sachen, die auf den Markt geschmissen werden; an die zig Markenartikel, die sich nur im Namen unterscheiden...

Eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit würde allerdings einiges kosten – nämlich von den Profiten der Unternehmer.

Das ist aber doch nicht unser Problem!

Sowenig Arbeit wie möglich viel schöne *Arbeit* für alle.

Als ich dann tatsächlich arbeitslos war, stellte sich allerdings das Problem, mit der ganzen freien Zeit etwas anzufangen. Zwei/drei Wochen habe ich erstmal gar nichts Besonderes getan: viel geschlagen, Kleinkram erledigt und schlafen, Kleinkram erledigt und überlegt, was ich *arbeiten* könnte.

Ich hab mich über die *Arbeit* verschiedenster Gruppen informiert und bin dann bei der Zeitungsinitiative GROSSE FREIHEIT hängen geblieben, weil ich das Konzept gut finde und das Gefühl habe, daß so eine Zeitung nicht nur für andere, sondern auch für mich etwas bringen kann.

Ich *arbeite* jetzt also voll bei dieser Zeitung (von der Planung bis zum Verkauf). Das bedeutet 1 bis 2 mal die Woche Redaktionssitzung, Untergruppentreffs und sich um viele wichtige Kleinigkeiten kümmern.

Außerdem mache ich über 4 Monate eine ganz komprimierte (erstmal theoretische) Ausbildung in einem technischen Beruf. Daran habe ich nach der ganzen Studiererei und 1 1/2 Jahren Arbeit in der Schule (ich hab noch gar nicht gesagt, daß ich Lehrerin bin bzw. war) viel Spaß. (Vielleicht kann man auch mal in Hamburg eine selbstorganisierte Elektrowerkstatt einrichten?!)

Naja, daneben muß ich immer mal arbeiten, um genug Geld zum Leben zu haben. Das alles zusammen ist im Moment sehr viel *Arbeit* – oft ist selbst das Wochenende nicht ‚frei' und manchmal wird es mir auch etwas zu viel. Diese oft 60 Stunden-*Arbeit* die Woche sind mir aber tausendmal lieber als 40 Stunden Arbeit wie sie das Arbeitsamt vergibt!

Wie geht es Euch/Ihnen denn mit der Arbeitslosigkeit? Schreibt mal, damit dazu in der nächsten Nummer mehr steht! Wir wollen dann das Thema Arbeitslosigkeit etwas allgemeiner beschreiben.

Ulla P.

Lieber Kollege

glaubst du
daß Herr Springer
tausendmal
intelligenter ist als
du?
oder
tausendmal
mehr gearbeitet hat als
du?

Stell dir vor, du hättest
ein einziges Tausendstel
von Herrn Springers Besitz:
Dann wärst du Millionär.

Aber, lieber Kollege
bedenke:
Springer – das ist nicht
Axel Cäsar,
Springer – das ist
eine Weltanschauung.

Denn
wir dürfen nicht
haßerfüllt gegen einen Menschen
kämpfen
sondern
wir müssen
klug einen Sumpf trockenlegen.

(Michael Wulff)

Die Hamburger Morgenpost sieht rot

Bei der HAMBURGER MORGENPOST (MOPO) läuft es seit einiger Zeit nicht mehr so, wie es sich deren Eigner, die SPD, vorstellt. Das Unternehmen wirft zu wenig Gewinn ab, bzw. sieht rot – rote Zahlen in der Bilanz!

Die Auflagenentwicklung stagniert zudem seit einigen Jahren (die MOPO verkauft täglich rund 233.000 Exemplare – BILD allein in Hamburg über eine halbe Million) und die redaktionelle Annäherung an BILD ist kaum zu übersehen.

Diese Gegebenheiten nutzte die Bonner SPD-Zentrale. Im Schutze des Tendenzschutzparagraphen, der das Betriebsverfassungsgesetz in Pressebetrieben so gut wie außer Kraft setzt, wurde mit Bernd Klosterfelde vom Verlag Gruner + Jahr eine neue Geschäftsleitung eingekauft. Am 14.10. wird der stellvertretende Chefredakteur Stimpert gegen Jürgen Saupe ausgetauscht. Kurz darauf, am 25.10., fliegt der Chefredakteur Bodo Grosch selbst auf die Straße, da er mit dem Neuen, Saupe, nicht einverstanden ist. Dieser hatte in „konkret" einen recht kritischen, aber sachlichen Artikel zum Tode/Mord der Ulrike Meinhof geschrieben. Kommissarisch führt nun Conrad Ahlers seit dem 4.11. die Chefredaktion der MOPO. Wie lange er in Hamburg bleiben wird, weiß er selber nicht, die Parteizentrale in Bonn entscheidet darüber.

Die MOPO soll eine „Zeitung für mündige Bürger" werden. So stellt sich das SPD-Schatzmeister Dröscher vor. Dafür braucht die Geschäftsführung viel Geld. Investitionen besonders im Druck- und Verlagswesen, bedeuten aber immer Rationalisierungsinvestitionen. Denn neue, hochmoderne Rotationsdruckmaschinen brauchen weniger Drucker und Hilfskräfte. Neue Arbeitsabläufe in den kaufmännischen Abteilungen rationalisieren Kollegen und Kolleginnen ins Arbeitsamt. Damit nicht genug! Die Branchenexperten pfeifen von den Dächern, daß sich Gruner + Jahr innerhalb des Unternehmerverbandes dafür einsetzen will, neben seinen Zeitschriften auch eine Zeitung herausbringen zu dürfen. Weiter hört man, daß die bisher zwei Firmen der MOPO (Arbeiter und Angestellte/Redakteure sind getrennt) bis zum Frühjahr

zusammengelegt werden sollen. In diesem Zusammenhang erscheint es umso bedenklicher, daß die MOPO sich zwei Verlagsexperten wie Klosterfelde und Hohlweg von Gruner + Jahr ins Haus holt. Beide sind als Spezialisten im Rationalisieren und Ausarbeiten neuer Verlagsstrukturen bekannt. Wenn alle diese Vermutungen zutreffen, gibt es bei der MOPO einen Massenrausschmiß, denn Gruner + Jahr hätte z.B. die räumlichen und technischen Voraussetzungen, die kaufmännischen Abteilungen ins eigene Haus zu verlagern.

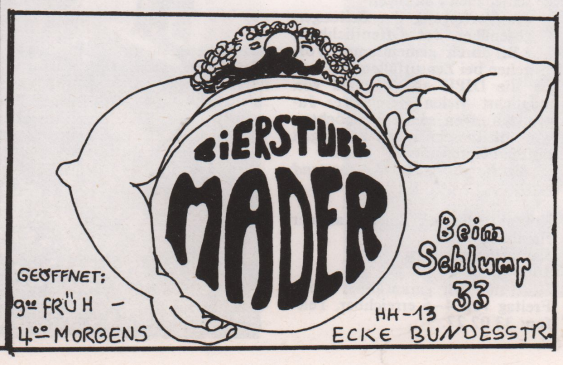
Für viele Kollegen und Kolleginnen ist dieses Vorgehen der SPD, der viele selbst noch angehören, unverständlich. Gibt es doch seit dem 1. September einen neuen Tarifvertrag über die Mitbestimmung des Betriebsrat in **„sozialen und personellen Angelegenheiten sowie die Mitwirkung in wirtschaftlichen Angelegenheiten"**. Die Geschäftsleitung hat gegen das geltende Betriebsverfassungsgesetz und eben diesen neuen Mitbestimmungstarif verstoßen, da es keine Informationen an die betroffenen Kollegen gegeben hat. Wir sind nicht besser dran als vorher! Der Tarifvertrag über die Mitbestimmung

legt eindeutig fest, zu wessen Gunsten und auf welcher Grundlage mitbestimmt werden soll: Die Geschäftsleitung und der Betriebsrat arbeiten **„vertrauensvoll mit dem Ziel zusammen, die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Arbeitsplätze zu sichern und die Belange der Arbeitnehmerschaft im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten zu fördern. Die publizistische Aufgabe des Konzerns und deren wirtschaftliche Grundlage haben dabei im Vordergrund zu stehen!"** So stehen also die kapitalistischen Interessen der SPD im Vordergrund. Die Arbeitsplätze der Arbeiter und Angestellten sind letztlich untergeordnete Sache, wenn's um die sogenannte Pressefreiheit geht.

Dieses neue „Modell Deutschland" der SPD macht klar, daß die MOPO ein Pressebetrieb wie jeder andere auch ist. Es geht ums Geschäftemachen. Ob es sich nun um sozialdemokratischen Profit handelt oder ob ihn Axel Springer einstreicht, das ist egal.

Daran ändert eben auch die Tatsache nichts, daß bei der MOPO mit Jürgen Saupe jetzt ein linksliberaler Journalist in die Tasten haut. Solange nicht die Menschen, die das Produkt Zeitungen machen, und die Menschen, für die sie gemacht werden, in allen Bereichen tatsächlich mitbestimmen können, wird alles beim alten bleiben.

Es gehört nicht nur Springer enteignet!



Wohnen im Sanierungsgebiet

Falkenried/Löwenstraße

Mutter Gross ist eine der 1500 Betroffenen, die aus ihrem Wohngebiet am Falkenried vertreiben werden sollen. Sie ist jetzt 71 Jahre alt und wohnt seit ihrem fünften Lebensjahr im Falkenried. Seit 20 Jahren hat sie dort den Posten als Hauswart.
Das Falkenried-Viertel liegt, wie alle Sanierungsgebiete in unseren Städten zentral und verkehrsgünstig. Es ist ein fast 90 Jahre altes, in sich geschlossenes Arbeiterwohnviertel. Am Rande der Hamburger Innenstadt. Zwei Wohnungsbaugesellschaften, die SAGA und die Neue Heimat, haben das Gebiet fast vollständig aufgekauft. Sie wollen den Abbruch der Häuser. Im Sommer 1973 haben sich darum einige Bewohner zu einer Mieterinitiative zusammengeschlossen. Sie fordern die Erhaltung ihres Viertels und wehren sich gegen eine Vertreibung. Ein großer Teil der Betroffenen sind alte „Falkenrieder", deren Kinder und Enkelkinder ebenfalls im Falkenried wohnen. Außerdem wohnen dort zunehmend ausländische Arbeiterfamilien und Studenten. Warum die Bewohner im Falkenried wohnen bleiben wollen, schildert eine der Betroffenen mit ihren eigenen Worten so:

Mutter Gross vom Falkenried

„Ich, Hertha Gross, kenn das Gebiet ganz genau. Ich bin hier aufgewachsen, hab hier geheiratet und hab meine eigene Familie hier großgezogen.

Warum die hier abreißen wollen? Das ist mir noch nicht ganz klar. Vielleicht aus Profit? Daß man da Profit rausschlagen kann, wenn man mehr Mietgeld kriegt für das, was man neu baut? Also, daß es um mehr Profit geht, das nehm ich an.

In Hochhäuser wollen die uns verpflanzen, oder in Altersheime. Eine regelrechte Vergewaltigung der Menschen ist das, daß man sie in solche Steinwüsten reinpflanzt und fertig sind die mit uns! In Mümmelmannsberg ist das doch auch schauerlich, nich? Es ist ja auch so, daß wir alle daran interessiert sind, daß wir gerne hier wohnen bleiben möchten. Das woll'n alle, alle die Eingesessenen, die schon so lange hier wohnen und auch die, die neu bei uns eingezogen sind. Und denn darf man nicht vergessen, daß diese Neubauwohnungen ja viel teurer sind! Hier in der Terasse kenn ich jeden. Die meisten, die hier schon von Kind an wohnen, nennen mich Tante Hertha oder Mutter Gross. Und die Kinder heute nennen mich auch Tante Hertha, das hat sich so eingebürgert.

Wir haben hier immer zusammengehalten in den Notzeiten. Wenn jemand ein Kind kriegte, dann haben wir uns abgewechselt, also jeder hat einen anderen Tag Essen hingebracht für die Wöchnerin. In den Augen vieler anderer war'n wir hier der Abschaum der Menschheit. Das war ja auch so, daß es ein Unterschied war, wie zwei verschiedene Welten, ob einer im Vorderhaus wohnte oder in der Terrasse. Die im Vorderhaus war'n schon was Besseres. Und viele sind hier auch einfach durchgetrampelt, die nich bei uns wohnten und haben gesagt: „Wie kann das bloß angehn, daß die Arbeiter sich solche schönen Gardinen leisten können?" Dann hab ich runtergerufen: ‚denn arbeiten wir eben so lange, bis wir das zusammenhaben, und dann kaufen wir uns das! Ne ganz einfache Sache!'

Ach ja, diese Wohnungen sind doch viel zu klein für eine ganze Familie. Kann einer sagen, was er will – das merkt man erst jetzt, wo man alleine hier wohnt. Ich brauch das heute einfach: meine Stube, mein Schlafzimmer und so. Wenn ich auch keine ‚obstinatschen' Möbel hab, nech? Wat schall ick doarmit? Wissen Sie, ich häng an diesen Menschen, die hier leben. Ich hab sie lieb. Sie gehören zu meinem Leben. Wenn ich das nicht hätte, wär's arm für mich. Ich muß immer mit Menschen zusammensein können, wo ich mal hier und mal da so'n paar Takte schnacken kann. Das brauch ich, das macht mich froh!"

Frau Hertha Gross wohnt seit 66 Jahren in den Terassen am Falkenried. „Terrasse" ist eine alte hamburgische Bezeichnung für Arbeiterwohnstraßen, die um die Jahrhundertwende in den Hinterhöfen Hamburgs angelegt wurden.

„Hauswart Gross oder ‚ich zieh hier nicht weg!'"
Dokumentation von Sabine Schwabroh, ... Fotos und Seiten Text (Verlag Atelier im Bauernhaus, 2802 Fischerhude). Im Buchhandel erhältlich, DM 12,–.

Die Hälfte des Himmels
BUCHLADEN
Bei uns gibt es
Frauenbücher
Schwulenbücher
KKW / Medizin
Knast / Ausland
Anarchismus
Tee und Kaffee gegen Spende
Schlüterstr. 79
3 HH 13 - Tel: 410262

Hamburger Jugendzeitungen

Das Machen von Schüler-, Lehrlings-, Studenten-, Jugendzentrums- und Soldatenzeitungen ist ein Zeichen dafür, sich mit Problemen nicht einfach abzufinden und zu resignieren. Mit dem Mittel der jugendeigenen Zeitung sollen die Mißstände am Ort des Entstehens aufgezeigt und die Interessen der Jugendlichen durchgesetzt werden, denn die Medien berücksichtigen die Interessen kaum.

Um eine kontinuierliche Arbeit der verschiedenen Jugendzeitungen zu fördern und um für mehr und häufiger erscheinende Jugendzeitungen zu arbeiten, wurde im Ffühling dieses Jahres der Verein „Demokratische Jugendpresse Hamburg e.V." (DJPH) gegründet. Der DJPH sieht 3 wesentliche Aufgabengebiete für seine Arbeit:

– die Verbesserung der finanziellen Situation der einzelnen Zeitung durch Anzeigenvermittlung, Beschaffung von billigen Druckerein u.ä.
– die Vermittlung von mehr Informationen über einen Artikeldienst, Seminare und Tagungen sowie einen stärkeren Meinungsaustausch zwischen verschiedenen Zeitungen
– die Vertretung der Zeitungen gegenüber der Öffentlichkeit, z.B. durch gemeinsames Vorgehen bei Zensurfällen.

Da die DJPH ein Verband von möglichst vielen Hamburger Jugendzeitungen sein soll, möchten wir auf diesem Wege Zeitungen bitten, bei uns mitzuarbeiten.

Kai Hamdorf, DJPH - Vorstand

Kontakt: Büro c/o Schülerkammer Hamburg
Katharinenkirchhof
2000 Hamburg 11.
Dort sind wir garantierbar jeden Freitag von 4–6 erreichbar, Telefon: 33 02 27.

THERAPIE ZENTRUM ALTONA

Drogen; Heroin, Cocain... Wer hat noch nicht von den verheerenden Folgen einer Sucht gehört. Die Sensationspresse schlachtet jeden Drogenfall bis aufs letzte aus. Doch selten liest man, was mit Drogenabhängigen passiert, die ‚raus' wollen, einen Entzug machen wollen. Das Therapie Zentrum Altona (TZA) ist so eine Einrichtung, wo Jugendliche Drogensüchtige erst mal vom Stoff entzogen werden. Anschließend werden sie auf die Aufnahme in Therapeutische Wohngemeinschaften vorbereitet. In diesen Wohngemeinschaften sollen die Jugendlichen lernen sich selber zu akzeptieren, mit der Umwelt ins Klare zu kommen, ohne zur Droge greifen zu müssen.

Das Therapie Zentrum soll, ginge es nach dem Willen von Senat und Gesundheitsbehörde, aufgelöst und in das Allgemeine Krankenhaus Ochsenzoll (AKO) verlegt werden. Das AKO ist das Hamburger Psychiatrische Krankenhaus. Doch lassen wir Prof. Lauter, Leiter des AKO selber über die Chancen, eine ‚vernünftige' Drogentherapie in seinem Haus durchzuführen, sprechen: „Drogenabhängige im AKO entziehen zu wollen ist dasselbe, als wolle man eine Trinkerheilanstalt in einer Brauerei einrichten."

Diese Einsicht hält Chefarzt Lauter nicht davon ab, 4 Mitarbeiter des TZA zu beurlauben und einen Aufnahmestop zu verhängen. Diese ‚sachkundigen' Maßnahmen haben der Scene einen Drogenabhängigen zurückgegeben, der lieber süchtig bleibt als nach Ochsenzoll zu gehen. Doch was kümmerts die Behörde...

Eine behördliche Verfügung jagt die andere: am 1.8.76 wurde das TZA dem AKO unterstellt. Von dort wurde dann auch Aufsichtspersonal ins TZA versetzt: OBERarzt, OBERschwester, OBERpfleger, die die behördlichen Maßnahmen sowie die Schließung durchsetzen sollten.

Am 8.12.76 eine neue Verfügung: das TZA ist nicht mehr dem AKO unterstellt. Es ist ab sofort eine Übergangseinrichtung und der Gesundheitsbehörde unterstellt. Ändern tut sich allerdings nichts. Die Aufnahmestation ist geschloßen: Aufnahmestop. Die restlichen verbleibenden Jugendlichen sind in Hinblick auf ihre Überführung in eine Therapeutische Wohngemeinschaft zu betreuen. So lange noch bleiben 6 Mitarbeier auf der Station. Am 1. Januar 1977 soll dann Schluß mit dem TZA sein. Das ist der Beschluß der Gesundheitsbehörde.

Doch Mitarbeiter, Patienten und Initiative setzen sich für den Erhalt von TZA ein. Sie wehren sich gegen die Beschlüsse der Behörde, die bedeuten, daß die verbleibenden Mitarbeiter freiwillig das TZA aus Patientenmangel (Aufnahmestop) schliessen.

Kontaktadresse der Initiative:
Inge Last
Rutschbahn 19
2000 Hamburg 13

„Alternative" Ochsenzoll?

Dort wird sich die Situation für die Drogenabhängigen nur verschlechtern. Wo schon heute im TZA Personalmangel herrscht, sollen im AKO 30 % weniger Betten stehen und 60 % weniger Personal (nur noch 2 Ärzte statt bisher 5; 1 Psychologe statt früher 3 und 3 Sozialarbeiter statt 7). Dies sind sicherlich die Folgen der staatlichen Sparpolitik, die dort einspart, wo man es am meisten braucht. Doch müßen wir hinter der Schließung noch einen weiteren Aspekt vermuten: Durch die Eingliederung des TZA in die Psychiatrie wird u.E. versucht, die Drogenabhängigen als psychisch Kranke abzustempeln. Und psychisch Kranke können nach herrschender Moral, nichts dafür, daß sie ‚krank' sind. Das ist nun mal so, ein Schicksalsschlag, „Gottes Licht hat ihren Geist nicht erhellt". In Ochsenzoll wird es keine vernünftige Therapie geben können. Hier nun noch einige Zahlen (zur Abrundung dessen, was hier über Ochsenzoll steht).

Unter dem Begriff suchtkrank fallen sowohl Drogensüchtige als auch Alkoholiker. In Hamburg gibt es nach offiziellen Schätzungen 17 000 – 34 000 Alkoholkranke. In Spezialeinrichtungen können ca. 0,3 – 0,6 % behandelt werden. Ochsenzoll ist so eine ‚Spezialeinrichtung' und hat eine Abteilung für Alkoholiker mit 50 Betten. Es fehlt an Betten. Doch dort wo es welche gibt, werden sie abgebaut.

Therapie in Ochsenzoll und im TZA

Die Jugendlichen werden, wie in der Psychiatrie üblich, wenig von Therapie sehen und, wie ebenfalls in der Psychiatrie üblich, kaum eine Chance haben, sich selber von der Sucht zu befreien. Denn die gesellschaftlichen Ursachen der Sucht (Streß, Leistung, Konkurrenz, Vereinsamung...) werden als krankmachende Faktoren verschwiegen und sollen in der Therapie auch nicht bearbeitet werden. Im TZA wurde versucht, den Zusammenhang zwischen der Sucht und Konflikten im Elternhaus, in Schule, Betrieb und Gesellschaft aufzuzeigen, ihre Stellung in der Gesellschaft klarzumachen. Der Süchtige soll seine eigene Stellung in der Gesellschaft erkennen und lernen sein Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten.

Polizei als Therapie?

70–80 Demonstrangen versammelten sich am 7.12. vor der Gesundheitsbehörde, um mit Senatorin Elsner über die Forderung nach Erhalt des TZA zu diskutieren. Die Polizei versuchte die Demonstration gleich von Anfang an zu verhindern. Während eine Delegation zur Senatorin abgesandt wurde, warteten vor der Behörde die Demonstranten. Plötzlich forderte die Polizei auf, ca. 8 m zurückzugehen, auf die Wiese. Während die Demonstranten darüber noch diskutierten und sich dann zurückziehen wollten, schoß die Polizei um die Ecke und prügelte auf die Demonstranten ein. Einige wurde verhaftet.

Doch die Einschüchterung geht weiter. Einen Tag später, am 8.12. kriest über dem TZA ein Polizeihubschrauber, Mannschaftswagen und Zivilfahrzeuge der Polizei sind ständig in der Nähe des Hauses. Zivile schleichen gut sichtbar, das Funksprechgerät unterm Arm, am Haus vorbei. Auf der Station läßt sich die Kripo blicken.

Begründung für das Aufgebot: die Mitarbeiter hätten eine unerlaubte Veranstaltung in den Räumen des TZA angekündigt. Und dies sei ein Bruch des Hausrechts und müsste, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln, verhindert werden.

Die Veranstaltung ist längst abgesagt, den TZA Leuten liegt nichts an einer gewaltsamen Auseinandersetzung, wie Polizei und Gesundheitsbehörde scheinbar annehmen.

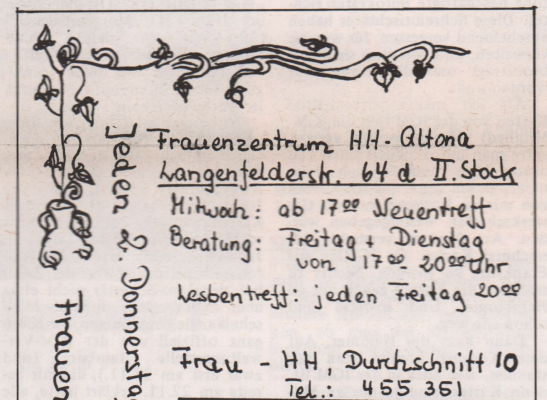
Den Verantwortlichen dieses Polizeieinsatzes sind die Jugendlichen offenbar gleichgültig. Die Angst, die der Polizeieinsatz bei ihnen auslöste, kann die Arbeit von Wochen zerstört haben. Die Mitarbeiter sind erschüttert darüber, daß die Behörde versucht, die Jugendlichen und sie selber zu kriminalisieren.

Und nun?

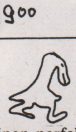
Die Mitarbeiter des TZA haben durch ihre Aktionen erreicht, daß ihr Anliegen in der Öffentlichkeit bekannt wurde, und inzwischen auch breit diskutiert wird. Zahlreiche Ärzte und Institutionen haben sich mit ihnen solidarisch erklärt: Ärzte aus Eppendorf, Psychiatriatrische Klinik Häcklingen, die Uni-Vollversammlung. Auch die Leiter der Jugendstrafanstalt Vierlande wenden sich gegen die Verwahrung von Drogenabhängigen in psychiatrischen Anstalten und Gefängnissen. Auch sie fordern den Erhalt des Therapie Zentrum Altona.

Wir auch.

Barbara und Samy



Frauenkneipe

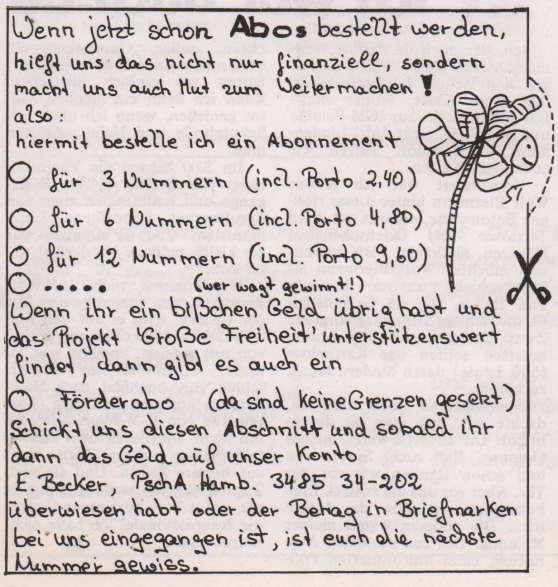


Im Januar eröffnen Frauen für Frauen die erste Kneipe in Hamburg. In der Stresemannstraße, Ecke Bernstorffstraße. Es soll eine Kneipe für alle Frauen sein. Und nicht „nur" Kneipe. Wir haben auch vor, Musik zum Schwoofen zu haben, Filme zu zeigen, Informationsveranstaltungen zu machen. Dafür haben wir einen großen Saal. Außerdem sind im Keller noch einige Räume, die sich gut für alle möglichen Werkstätten eignen: für Frauen, die sowas schon können und aufziehen wollen, die bisher noch keine Möglichkeit dazu hatten und die ihre Fähigkeiten ausprobieren und kennenlernen wollen.

Wir sind 15 Frauen und treffen uns zum Teil seit 1/2 Jahr. Seitdem planen wir, wie und was die Kneipe sein soll. Einen perfekten Plan haben wir nicht. Wir wollen, daß möglichst viele Frauen auch selbst was machen. Und daß möglichst viele Frauen uns auch sagen, wie sie die Kneipe finden und was dort passiert.

Bis zur Eröffnung (wenn alles klappt am 1. Wochenende nach Silvester), haben wir an jedem Sonntag um 14.00 Uhr „Frühschoppen" für alle Frauen, die sie sich mal angucken wollen und die mitmachen wollen. Oder ruft doch einfach mal an: 436377.

Sagt uns auch Bescheid, wenn Ihr Möbel, Teppiche, Haushaltsgegenstände für uns habt. Oder/und unterstützt uns mit einer Spende auf das Postscheckkonto Hamburg, Brigitte Behrens Nr. 3922 45–207



Beratungsstelle der Fabrik

2 Hamburg 50, Bahrenfelderstr. 235, Eingang durch die Kneipe „Ableger" Telefon 39 23 02

Beratung bei persönlichen, juristischen, gesundheitlichen und allgemeinen Problemen

Termine: Dientag 15 – 18 Uhr
Mittwoch 18 – 21 Uhr

Beratung über die Möglichkeiten und Probleme des 2. Bildungsweges. Donnerstag 15 – 18 Uhr. Weißt Du oft keinen Rat mehr? wenn mal wieder der Haussegen schief hängt, wenn du mit deinen persönlichen Problemen nicht fertig wirst, wenn du körperliche Beschwerden hast und deren Ursache nicht findest, wenn der Papierkrieg mit der Behörde nicht zu bewältigen ist, wenn der Vermieter mal wieder die Miete erhöht?

Falls du solche oder ähnliche Probleme hast, komm doch mal bei uns vorbei. Wir werden uns bemühen, dir soweit wir können, mit unserem Wissen und unserem Einsatz zu helfen.

Wir können aber auch Tips und Informationen von Dir gebrauchen.

Beratungsstelle

Homosexuelle Aktion Hamburg

trifft sich jeden
Freitag 20 Uhr
Buttstr. 50 I. oder
Carsten Rehder Str.

KONTAKT:
Dieter Telge
Böckmannstr. 55
2 Hamburg 1
Tel.: 24 25 89

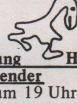
Hamburger Filmschau '76
Für ein kommunales Kino

Nach 3jähriger Pause findet vom 15.12. – 19.12.76 wieder eine Hamburger Filmschau statt. Vom Filmforum Hamburg und der Initiativgruppe für ein kommunales Kino wurde ein Programm zusammengestellt, das vor allem die Forderung nach einem städtisch geförderten kommunalen Kino mit Filmen, Video-Bändern, Seminaren und Referaten öffentlich machen soll.

Nebem dem Abaton-Kino wird ein Kino-Zelt aufgebaut, das symbolisch auf den immer noch fehlenden Ort für eine zur gängigen Kinoware alternativen Arbeit hinweisen soll.

Um die Vielfalt der Notwendigkeit kommunaler Medienarbeit zu demonstrieren, gibt es außer den hauptsächlich im Abaton laufenden Vorstellungen neuer Produkte Hamburger Filmemacher, wichtige Beispiele der Filmgeschichte und der aktuellen, internationalen Filmproduktion. Seminare und Programme, die sich in erster Linie an die wenden, die in ihren Zusammenhängen anfangen wollen, z.B. mit Video selbst zu produzieren und Medien einzusetzen, werden angeboten. Beispiele: Donnerstag, 16.12., 16 Uhr; Einführung in Medienarbeit für Stadtteilgruppen

Freitag, 17.12.: 16 Uhr: Medienarbeit am Beispiel Brokdorf. Die genaue Programmfolge ist aus dem Filmschauplakat und aus dem Filmschaukatalog ersichtlich.



Vollversammlung Hamburger Zivildienstleistender

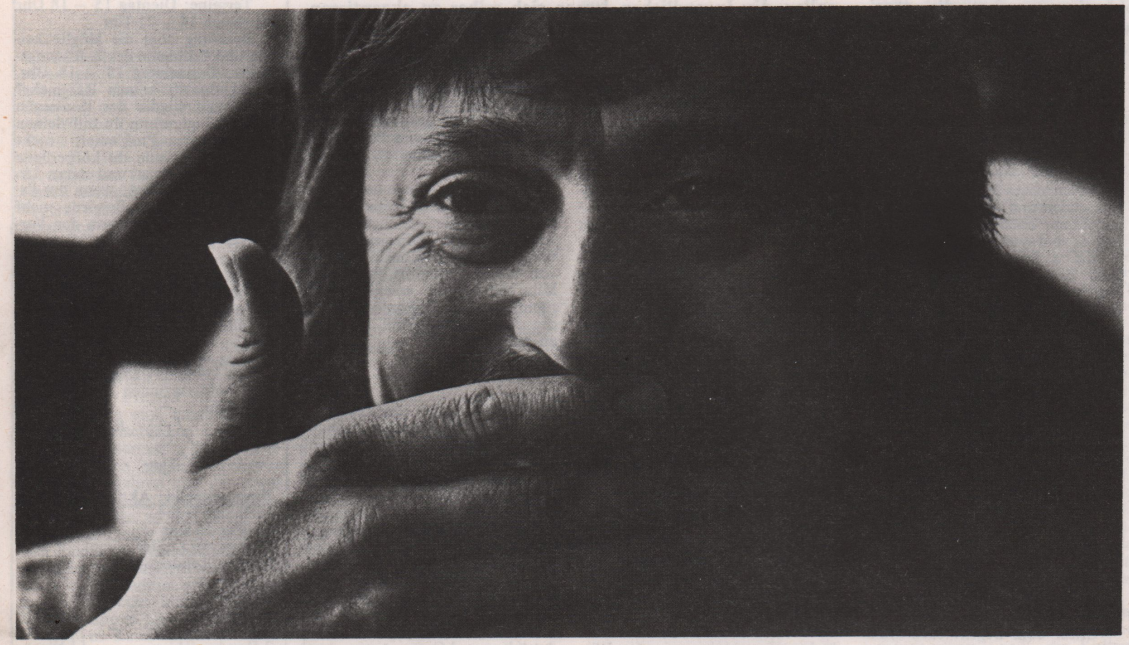
am 16.12.76 um 19 Uhr im MLK-ESS-Haus, Grindelallee 9, Großer Saal.

Aula: diese Veranstaltung ist der neue Versuch, Zivildienstleistende (ZDL) zu kasernieren und die Militarisierung des ZDL voranzutreiben.

Geplant sind Referate zum Thema und eine Diskussion.

KONTAKT:
Initiativgruppe Hamburger Zivildienstleistender (IHZ) Zivildienstarbeitskreis in der Dfg-Vk
Krausestr. 57
2 Hamburg 50

Wolf Biermann im CCH



Biermann nicht für Arbeiter?

Vom hamburger Biermannkonzert bleiben für viele Zuschauer nicht nur schöne Erinnerungen zurück. So gefesselt, wie die meisten vom Wolf Biermanns waren, so empört waren viele über das Vorgehen der IGM-Verwaltung im Zusammenhang mit dem Kartenvorverkauf und der Durchführung der Veranstaltung.

So postierten sich schon lange vor der Veranstaltung eine halbe Division staatlicher Ordnungshüter, in der bekannten Brokdorf-Pose mit Schlagstock und Giftpistole (chemical mace) vor dem CCH.

Nach Beginn der Veranstaltung gingen dann die Leute, die draußen warteten, ein paar Schritte in Richtung Eingang, ohne den Augen des Gesetzes irgendwie zu drohen. Die Polizisten aber prügelten einfach drauf los und setzten chemical mace ein, als gälte es den Teufel zu vertreiben.

Nun, von unseren Staatsschützern sind wir nichts Besseres gewohnt. Merkwürdig ist nur, wie sie dahin kamen, bzw. wer sie gerufen hatte.

Zu kritisieren sind auch bestimmte Vorgänge im Zusammenhang mit dem Kartenvorverkauf. Eine Kritik, die sich im wesentlichen gegen bestimmte hauptamtlich in der Gewerkschaftsverwaltung beschäftigte Bürokraten richtet. Diese Schreibtischtäter haben anscheinend vergessen, für wen sie verwalten, und von wem sie damit beauftragt und dafür angestellt worden sind.

Als ich meine vorbestellten Karten von der IGM (ich bin IGM-Mitglied) abholen wollte, verweigerte man mir plötzlich einen Teil davon. Das änderte sich auch nicht, als ich sagte, daß die Karten von mir an Kollegen anderer Gewerkschaften weitergegeben würden. Am Montag versuchte ich nochmal Karten für IGMler aus Frankfurt zu kriegen. Nichts zu machen, die Karten gehen nur an Hamburger. Und sowieso sind schon alle weg.

Dann kam der Hammer. Auf dem Konzert konnte man nur staunen, wer alles in der IGM ist, denn Karten sind ja nur an Mitglieder abgegeben worden. Da sind beispielsweise Mitglieder der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) des SSB-Hamburg (den Jusos und der SPD nahestehende Schülerorganisation) in der IGM. Und da sind Udo Lindenberg und die Blödelbarde Otto in der IGM; wahrscheinlich weil Udo Messingbecken schlägt und Otto Blech redet. Kein Wunder, daß angesichts dieses bunten Reigens von „IGM-Mitgliedern" Ortwin Löwa im NDR II „Morgenmagazin" (29.11.76) zu dem Schluß kommt: „Es war so ein Treffen von Popszene und linker Intelligenz (aber immerhin)...IG-Metaller waren auch zum Teil da."

Nun fragt man sich, wie diese „Metaller" an die Karten kamen. Ganz einfach. Auf der LDK des SSB-Hamburg z.B. erfuhren die Anwesenden erstmal, daß der Jusolandesverband (LV) einen Kartenbestand bekäme. Diese wurden am Donnerstag 25.11. im Juso-Landesbüro verteilt. Die Karten selber (sechzig! an der Zahl) hat der Juso-Sekretär nicht etwa über irgendwelche dunklen Mauschelkanäle bekommen, sondern ganz offiziell von der IGM-Verwaltungsstelle Hamburg (und zwar erst am 25.11.), die mir bereits am 22.11. erklärt hatte, alle Karten seien ausverkauft und zwar an IGM-Mitglieder.

Entweder hat hier jemand gelogen oder es sind am Donnerstag extra für die Jusos noch 60 Plätze ins CCH eingebaut worden! Ungeklärt bleibt hierbei noch die Frage, wie Udo und Otto an ihre Karten gekommen sind. Gibt es den Osterhasen etwa doch?

Ein IG-Metaller

Wolf Biermann, was nun?

Er tritt auf die Bühne, wirkt ein wenig verloren und behutsam, fast pedantisch lehnt er die Gitarre gegen den Hocker. Wie erschrocken hält er die Hand vor den Mund, sieht in den Saal und ruft: „Ich bin furchtbar aufgeregt!"

Er machte eine Reise, eine Rückkehr gibt es nicht. Er spricht von seinen Freunden in der DDR, um die er sich sorgt. Er erzählt von den fetten SED-Funktionären, die nicht nur im Parteijargon reden, deren Herzen im gleichen stereotypen Takt schlagen.

Er verteidigt beschwörend den Kommunismus. „Menschlichen Sozialismus gibt es nicht ! – Sozialismus *ist* menschlich !"

Er steht nun im grellen Scheinwerferlicht, verwundert und verwundet steht er zwischen Ost und West. Er ist allein unter den Tausenden im Saal, legt die Hand vor die Augen, eine Geste stummer Verzweiflung und singt: „Ich leg mich schlafen in den Keller beider Nationen, um von neuem zu erfinden den Schrei !"

Wolf Biermann, was nun?

U.A., I.G.M.

... Ich war auch da

Ich war auch da. Wollte Biermann sehen, hören, wollte mitsingen und lachen. Ich hatte natürlich keine Karte. Woher auch? Ich gehöre nicht zur IGM-Familie und bin auch nicht Udo Lindenberg. In Brokdorf hatten wir auch keine Karten.

Verwundert war ich schon: Wolf Biermann hinter dieser riesigen Betonwüste, die uns mit ihren Terrassen und fadenscheinigen Pflanzen südlichen Flair vermitteln möchte? Wolf Biermann als Schutzobjekt unserer Freunde und Helfer, die im Galakostüm für die richtige Stimmung sorgten? Zwei Sperren und drei Mannschaften sollten uns Kartenlose (500 Leute) daran hindern Musik zu hören...

Sperren sind doch dazu da, dachte ich, daß man sie durchbricht. Die anderen waren meiner Meinung. Hau ruck, Sperre weg und schon standen wir vor der Tür. Aber vor uns die Polizei. Eine Polizeikette ist dazu da, dachte ich... Die anderen waren meiner Meinung. Das zur normalen Ausrüstung eines uniformierten Polizisten außer Gummiknüppeln auch noch chemical mace gehört, hatten wir einfach übersehen. Kann ich denn ein bißchen Kultur genießen, wenn ich mich mit Schutzbrille und Helm ausrüsten muß?

Im Saal begann die Veranstaltung: Ein Beitrag für die Bewegungs- und Redefreiheit eines von Berufsverbot betroffenen Kommunisten. Und da draußen war die kleine radikale Minderheit unter sich.

Wir konnten nicht zu Wolf Biermann, also kam er zu uns. Mit der Gitarre, stieg er auf den Blumenkasten einer Terasse, wurde von uns gefeiert, erzählte was, zitierte seinen Meister Brecht, schlug vor, nochmal nach Hamburg zu kommen und sang (festgehalten von IGM-Jünglingen, die ihn nicht wegfliegen oder runterfallen lassen wollten): Warte nicht auf bessere Zeiten. Und als nach Zugabe gerufen wurde, schlug er vor, wir sollten zusammen singen: die Internationale. Ich habe nicht mitgesungen.

A.